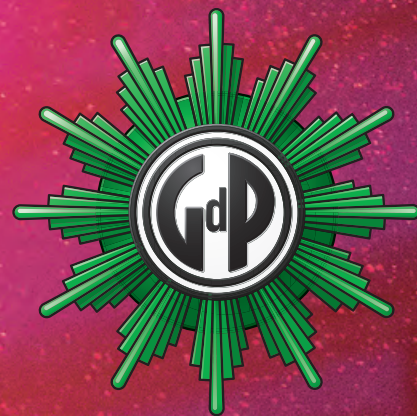


DEUTSCHE
POLIZEI

FEBRUAR 2018 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



LINKE
GEWALT!

KRIMINALITÄT



Foto: Lukas Barth/dpa

Im Sommer 2016 tötete der 18-jährige Deutsch-Iraner David S. am und im Münchner Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) neun Menschen. War es die Tat eines psychisch-kranken Rächers oder eine rechtsextremistische Terrortat? DP-Autor Dr. Florian Hartleb analysierte tausende Seiten der Ermittlungsakten und war als Gutachter der Stadt München, die an einer wissenschaftlichen Aufarbeitung interessiert ist, mit dem Fall beauftragt: die schon nach wenigen Tagen getroffene und scheinbar unverrückbare Einstufung als klassischer Amoklaufs verwundere, betont Hartleb.

Seite 21

INTERVIEW



Foto: Marcus Scheider

Warum weniger Insektenvielfalt das Aufklären von Todesfällen erschwert, manche Expertise über Tattoos superpeinlich ist und Fauch-Schaben Leckereien aus weiblicher Hand zugetan sind: Der Kriminalbiologe und jüngst ernanntes Thüringer GdP-Ehrenmitglied, Dr. Mark Benecke, im Gespräch mit DEUTSCHE POLIZEI.

Seite 37

- 2 **KOMMENTAR** Die enthemmte Gesellschaft
- 3 **GEDENKEN** Bewegende Trauerfeier für getötete Polizistin
- 3 **FORUM**
- 4 **TITEL/LINKSEXTREMISMUS** Der „Schwarze Block“ als militante Protestform
- 12 **SCHÖNEBERGER FORUM** „Zeitenwende im öffentlichen Dienst“
- 13  **NACHRICHTEN** GdP-Bezirk Bundespolizei unterstützt Obdachlosen-Weihnachtsfeier
- 14 **FUSSBALL** Sportminister für härteres Vorgehen gegen Randalen in Stadien
- 18 **GEWERKSCHAFTSARBEIT** Deutscher Personalräte-Preis 2018
- 20 **TARIF** Das ist neu in 2018
- 21 **KRIMINALITÄT** Rechtsterrorismus, kein Amok
- 27 **NACHRUF** Wir trauern um Axel Kniefs
- 29 **SOZIALES** Vorsicht, hier fahren eure Eltern!
- 32  **NACHRICHTEN** Antrittsbesuch
- 37  **INTERVIEW** In Krimis sind Chemie und Biologie oft nur Lametta
- 39 **TERMINE**
- 40 **BUNDESKONGRESS-TICKER ++** Kongressvorbereitungen werden umfangreicher
- 40 **BÜCHER/IMPRESSUM**

In eigener Sache

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) verzeichnete Ende Dezember einen Mitgliederbestand von 185.153 Kolleginnen und Kollegen. Das waren rund 5.100 mehr als zwölf Monate zuvor. Vor zehn Jahren wurden 167.923 Mitglieder registriert.

Förderlich für diese positive Entwicklung waren nicht zuletzt die steigenden Einstellungszahlen in den Ländern, bei der Bundespolizei und beim Bundeskriminalamt (BKA) – 2017 wurden mehr als 15.000 Anwärterinnen und Anwärter aufgenommen. Ein Großteil der „Neuen“ konnte von den GdP-Leistungen überzeugt werden.

Zur JUNGEN GRUPPE (GdP) gehören

derzeit 47.257 Mitglieder bis zum 30. Lebensjahr. Die Frauengruppe erreichte mit über 46.000 Frauen ihre bisherige Höchstmarke. Die Seniorinnen und Senioren bleiben ihrer GdP auch im Ruhestand treu und konnten ihren Mitgliederanteil auf über 32.000 erhöhen.

GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow: „Dieses Vertrauen in die Arbeit der GdP stärkt die vielen ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen in den Kreis- und Bezirksgruppen, auf Landesbezirks-, Bezirks- sowie auf Bundesebene. Im diesjährigen Bundeskongressjahr warten zahlreiche neue Herausforderungen auf uns, um das in die GdP gesetzte Vertrauen mit Engagement und Ausdauer umzusetzen.“

Annette Terweide





Exklusives
Angebot für
**Polizei-
beamte**

Wenn es für Sie als Held
mal nicht so super läuft, sind wir da.

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Unfallschutz. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de, www.pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

Die enthemmte Gesellschaft

Unsere Kolleginnen und Kollegen werden mit Böllern und Flaschen beworfen, bespuckt und beleidigt. Oftmals haben die Angreifer nicht mal einen Bezug zu der aktuellen Einsatzlage. Die Zahl der Vorfälle ist mittlerweile erschreckend. Neuer negativer Höhepunkt waren die Ausschreitungen rund um den Jahreswechsel. Vor allem in der

cken müssen, sondern auch völlig ohne Anlass, allein, weil sie dieses Amt im Auftrag von Staat und Gesellschaft ausüben.

Die Gewerkschaft der Polizei hat über sieben Jahre darum gekämpft, der wachsenden Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten ein deutliches Zeichen des Gesetzgebers entgegenzusetzen. Vergangenes Jahr hat der Bund das Gesetz endlich verabschiedet, wonach tätliche Angriffe auf Polizeibeamte und Rettungskräfte künftig härter bestraft werden.

STEIGENDER WERTEVERFALL

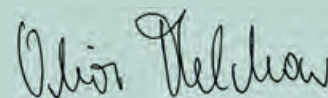
Grundsätzlich ist der Umgang miteinander in der Gesellschaft rauer geworden. Auch dem digitalen Zeitalter ist eine gewisse Mitschuld zuzuschreiben. So hat sich der Ton im Internet massiv verändert: Wer dort kommuniziert, legt immer öfter keinen Wert auf konstruktive Auseinandersetzungen, sondern will Menschen verletzen und manchmal auch zerstören. Begünstigt wird dies durch einen steigenden Werteverfall und eine Verrohung der Gesellschaft, durch fehlende Erziehung, Bildung und fehlenden Lebensperspektiven.

NEUEN PARAGRAFEN KONSEQUENT ANWENDEN

Es ist an der Zeit, dass ermittelte Straftäter den neuen Strafrahmen des Paragraphen 114 Strafgesetzbuch (3 Monate bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe) zu spüren bekommen. So erfahren unsere Kolleginnen und Kollegen, die bei den Einsätzen oftmals ihre Gesundheit riskieren, dafür auch den Rückhalt und die Wertschätzung des Staates. Der weit verbreitete Gedanke bei Störern beziehungsweise gewaltbereiten Personen, dass ihnen wahrscheinlich eh nichts passieren wird, ist dabei eher als gewaltfördernd anzusehen. Die ersten Verurteilungen nach den gewalttätigen Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg machen deutlich, dass dies wohl auch endlich bei der Justiz angekommen ist. Die ausgesprochenen Freiheitsstrafen von 12, 18 beziehungsweise 42 Monaten sind die richtige Antwort des Rechtsstaates auf lebensgefährliche Angriffe auf Kolleginnen und Kollegen.

BREITE GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

Eine breite gesellschaftliche Debatte, dass Gewalt in keiner Weise akzeptabel ist, ist längst überfällig. Die gewählten Volksvertreter in Stadt und Land sollten dieses Thema unverzüglich auf die Liste der guten Vorsätze für 2018 setzen. Hierzu gehören insbesondere die personelle Ausstattung, die persönliche Schutzausstattung sowie der Bedrohungslage angemessene rechtliche Möglichkeiten. Was wir brauchen sind keine Sonntagsreden, sondern konkrete Taten der Politik.



Oliver Malchow
GdP-Bundesvorsitzender



Foto: Hagen Immel/GdP

Silvesternacht wurde die zunehmende Brutalität gegen Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte sichtbar. Die Täter sind nicht selten alkoholisiert und unterliegen einer sogenannten Gruppendynamik. Ernüchterndes Fazit: Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte ist das Lagebild einer enthemmten Gesellschaft. Letzte Beispiele hierfür waren die „Feierlichkeiten“ in Berlin, Leipzig und Bremen.

UNRECHTSBEWUSSTSEIN TENDIERT GEN NULL

Das Unrechtsbewusstsein mancher Gruppen junger Männer tendiert gen Null, selbst wenn sie gravierende Verfehlungen begangen haben. Polizisten werden angegriffen, weil sie Polizisten sind, nicht nur bei Maßnahmen, die sie vollstre-



Bewegende Trauerfeier für getötete Polizistin

Das neue Jahr beginnt mit Trauer, mit unendlich viel Trauer. Tiefe Betroffenheit herrscht in unserer Gewerkschaft der Polizei. Innerhalb weniger Tage sind zwei junge Kolleginnen während ihres Dienstes plötzlich aus unserer Mitte gerissen worden. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Familien und Freunden. Unsere Gedanken sind aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen in unmittelbarem Umfeld der Verstorbenen. In diesen schweren Stunden besteht unser Trost oft nur darin, schweigend mitzuleiden.

Vor dem Jahreswechsel raste auf einer Autobahn in Nordrhein-Westfalen ein stark alkoholisierter Lastwagenfahrer bei einer Verkehrskontrolle mit voller Wucht in einen Streifenwagen und tötete eine 23-jährige Kollegin. Eine weitere Kollegin und ein Kommisarbewerber wurden schwer verletzt beziehungsweise traumatisiert.

LANGER TRAUERZUG

Rund 1.200 Menschen nahmen an der bewegenden Trauerfeier für die getötete Polizistin in ihrer Heimatstadt Gronau im Westen des Münsterlands teil. Bei diesem Gedenken richteten vier ihrer Kollegen von der Polizeiwache Viersen, in der sie seit September 2016 eingesetzt war, das Wort direkt an die 23-Jährige: „Die Lücke, die du hinterlässt, wird nicht zu schließen sein. Mit deiner direkten

und selbstbewussten Art hast du uns im Wahnsinn des Alltags stets ein Lächeln ins Gesicht gezaubert. Du hast mit Stolz den Stern auf der Schulter getragen. Du bist nicht mehr hier, aber du wirst immer bei uns sein.“

HOHES BERUFSRISIKO DEUTLICH SPÜRBARER

Kurz vor Weihnachten war bereits in Hessen bei der Aufnahme eines Wildunfalls eine 25-jährige Polizistin von einem Fahrzeug erfasst und so schwer verletzt worden, dass sie kurze Zeit später verstarb.

Trotz umsichtigen Vorgehens hatten beide Kolleginnen keine Chance, den Unfall zu vermeiden. Die schrecklichen Ereignisse zeigen, dass die Gefahren, denen Polizisten in ihrem täglichen Dienst ausgesetzt

werden, real sind. Wir nehmen das enorm hohe Risiko des Berufes der Polizistin und des Polizisten bewusst wahr. Dennoch stehen wir solchen Situationen immer wieder hilflos gegenüber.

RÜCKSICHTSLOSES VERHALTEN MACHT FASSUNGSLOS

Rücksichtsloses Verhalten gegenüber Polizistinnen und Polizisten ist im Straßenverkehr immer häufiger anzutreffen. Es ist erschreckend, dass mittlerweile mehrmals in der Woche Nachrichten publik werden, wo Einsatzkräfte aus dem Nichts angegriffen werden, egal ob von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten.

Wir erleben, dass Kolleginnen und Kollegen oder Rettungskräfte durch Beleidigungen der übelsten Art, Festhalten oder Wegschubsen daran gehindert werden, an einen Unfallort zu kommen beziehungsweise Hilfe zu leisten. Die Täter haben anscheinend mehr Interesse daran, leidende Opfer zu sehen, als dass diesen geholfen wird. Das macht fassungslos.

Arnold Plickert
Stellvertretender
GdP-Bundesvorsitzender

forum

LESERMEINUNG

Zu: Einwanderung, DP 11/17

Beim Lesen des Artikels musste ich mich nach wenigen Zeilen per Blick auf das Cover vergewissern, dass ich mich noch in einer Gewerkschafts- und nicht in einer Wirtschaftszeitung befinde. Die stereotypen, reißerischen Sätze wie „... massive Überalterung...“ oder „dramatischer Rückgang des Erwerbspotenzials“ sind zur Genüge widerlegt worden und haben sich als mindestens zu kurz

gedacht beziehungsweise komplett falsch herausgestellt. Das dürfte auch dem Autor bekannt sein. Trotz besseren Wissens wird dies immer wieder verbreitet, auch noch hier in einer Gewerkschaftszeitung.

In einem Land, in dem fünf Millionen Menschen – vor Bereinigung – arbeitslos sind und weitere Millionen in prekären Arbeitsverhältnissen stehen, ist sicherlich genug Erwerbspotenzial vorhanden. Ich frage mich, was der Autor bezweckt. Obwohl er das kurz darauf beantwortet, indem er von „...

für das Wirtschaftswachstum und die Stabilität der Sozialsysteme nicht verkraftbare Dimension...“ schreibt.

Lieber Herr Hüber, auf eine deutsche Wirtschaft, die zunehmend auf Kosten der kleinen Leute, von verarmten und diktatorischen Drittländern und nicht zuletzt der Umwelt wächst, kann ich verzichten. Wie Sie wissen, sind die Ressourcen auf diesem Planeten begrenzt und somit sind Träume von immerwährendem Wirtschaftswachstum nicht nur naiv, sondern von vorgestern. Wir bräuchten uns um die Stabilität unserer Sozialsysteme weniger Sorgen machen, wenn

Fortsetzung auf Seite 33



Der „Schwarze Block“ als militante Protestform

Von Lars Lapper

Der G20-Gipfel von Hamburg liegt über ein halbes Jahr zurück. Die größte politische Konferenz seit Bestehen der Bundesrepublik gehörte zu den schwierigsten polizeilichen Herausforderungen für unseren Staat in den vergangenen Jahrzehnten. Deutschlands zweitgrößte Stadt blieb von Anschlägen islamistischer Terroristen verschont, Eruptionen von Gewalt kamen dagegen aus einem anderen politischen Spektrum. Der linksextremistische „Schwarze Block“ trat in Hamburg gut vorbereitet wie selten zuvor und mit internationaler Zusammensetzung in Erscheinung. Was verbirgt sich hinter dieser besonderen militanten Aktionsform, woher stammt sie und wie konnte mit ihr der G20-Protest derart eskalieren?

Schwarz verummte Horden schlugen frühmorgens eine Schneise der Zerstörung durch den Stadtteil Altona, kilometerweit brennende Autos und zerstörte Scheiben. Wasserwerfer treiben am Hafen tobende Menschenmassen auseinander. Spezialeinheiten mit Langwaffen im Anschlag rücken im Feuerschein brennender Barrikaden auf Häuser vor. Es waren Bilder wie diese, die im Juli um die Welt gingen und die Hamburger G20-Eskalation zum meistdiskutierten innenpolitischen Thema des Jahres machten. Politiker zeigten sich ebenso entsetzt wie überrascht über ein Szenario, das Experten bereits Monate vorher prognostizierten.

Die Straßen der Elbmetropole waren drei Tage Schauplatz einer Vielzahl von Protesten, manche kreativ, zahlreiche friedlich. Der Öffentlichkeit werden jedoch auf lange Zeit heftige Krawalle in Erinnerung bleiben. Keine „neue Dimension der Gewalt“, wie medial suggeriert wurde, aber doch eine, die Deutschland in diesem Ausmaß eher selten erlebt hat. Man muss sehr lange zurückblicken, um Ereignisse mit vergleichbar militanter Intensität zu finden, etwa bei den Auseinandersetzungen 1990 um die Mainzer Straße in Berlin.

AUTONOME IDEOLOGIE

Initiatoren derartiger Exzesse damals wie heute sind die Teilnehmer einer Aktionsform, die von Polizei

und Presse traditionell als „Schwarzer Block“ bezeichnet wird. Der Begriff hat seinen Ursprung im Jahr 1980, als sich unter diesem Namen in Frankfurt am Main gewaltbereite Hausbesetzer vereinigten. Die Gruppe wurde nach mehreren terroristischen Anschlägen von der Bundesanwaltschaft verfolgt. Seitdem steht die Bezeichnung für ein einheitlich schwarz gekleidetes und früher auch häufig verummt auftretendes Protestpotenzial bei Versammlungen. Der „Schwarze Block“ ist weder eine feste Organisation noch ein Bündnis, sondern eine Demonstrationstaktik. Aktivisten entstammen meist dem linksextremistischen Spektrum der sogenannten Autonomen, die ursprünglich aus den studentischen „Spontis“ der 70er-Jahre hervorgingen.

Die anarchistisch geprägte Szene vertritt keine konkreten politischen oder ideologischen Positionen. Signifikantes Unterscheidungsmerkmal zum Rechtsextremismus: Anhänger dieser Ideologie bewerten unsere Demokratie als schwach und favorisieren ein totalitäres System. Linksextremisten hingegen sehen bereits im liberalen Rechtsstaat ständige „Unterdrückung“ und Repression, gegen die aktiver „revolutionärer“ Widerstand notwendig ist. Feindbild der Autonomen ist jede Form von staatlicher Ordnung und hier insbesondere die Polizei als Teil der Exekutive. Gewalt gegen Personen und Sachen wird als legitimes notwendiges Mittel gesehen, vor allem im Kampf um „Freiräume“ und ein „selbstbestimmtes Leben“. Autonome

sind in hohem Maße aktionsorientiert, die meisten der im vorletzten Jahr registrierten linksextremistischen Straftaten wurden von ihnen begangen.

AKTIONSFELDER

Öffentliche Wahrnehmung erreichen sie in der heutigen Zeit häufig als „Antifa“ im Kampf gegen tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremismus. Bundesweite autonome Mobilisierungen gegen derartige Aufzüge führten in der Vergangenheit mehrfach zu schweren Krawallen, wie zuletzt am 12. Dezember 2015 in Leipzig. Angriffsziel war auch hier in erster Linie die Polizei und kaum der räumlich weit entfernt demonstrierende politische Gegner. Versammlungen des rechten Spektrums erreichen mittlerweile bei Weitem nicht mehr die Teilnehmerzahlen früherer Jahre, werden aber auch zukünftig ein zentrales linkes Protestfeld bleiben.

Ein weiterer Schwerpunkt der vielfältigen autonomen Aktivitäten richtet sich in Großstädten aktuell gegen die Gentrifizierung. Der soziologische Begriff beinhaltet die Aufwertung angesagter innerstädtischer Bereiche durch Luxussanierungen und die damit verbundene Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten. Zahlreiche Anschläge auf Objekte fanden in diesem Zusammenhang vor allem in Berlin statt.

BUNDESWEITE SCHWERPUNKTE

Berlin und Hamburg bilden traditionell die linksextremistischen Schwerpunkte in der Bundesrepublik, nach der Wende hat sich in Leipzig mit dem Stadtteil Connewitz ein dritter Hotspot gebildet. Gewaltbereite Autonome verfügen in diesen Brennpunkten über ein hohes Mobilisierungspotenzial und haben sich in der Vergangenheit zumindest temporär zu einer Gefährdung





der öffentlichen Sicherheit entwickelt. Weitere relevante Gruppen befinden sich in den Universitätsstädten Göttingen und Freiburg. Die Szene lehnt auch intern jegliche Hierarchie ab, Führungspersonen existieren daher offiziell nicht, vereinzelt treten aber Sprecher anlassbezogen in Erscheinung.

Eine besondere Rolle spielen sogenannte Autonome Zentren als Anlaufpunkte und Veranstaltungsorte. Die bundesweit bekanntesten Objekte mit internationalem Symbolcharakter

Bei der Demonstration gegen den G20-Gipfel am 6. Juli 2017 bildete sich an der Spitze ein „Schwarzer Block“. Als die Polizei einschreitet, kommt es zu Ausschreitungen.

Foto: Markus Scholz/dpa

für die Szene sind die „Rote Flora“ im Hamburger Schanzenviertel und der Szene-Treff „Köpi“ in der Köpenicker Straße in Berlin-Mitte. Eine polizeiliche Räumung derartiger Zentren, wie nach dem G20-Gipfel mehrfach gefordert, ist politisch offensichtlich nicht gewollt. Die letzte Räumung eines Au-

tonomen Zentrums mit vergleichbarer Bedeutung fand 2007 in Kopenhagen statt. Militante Aktivisten reisten damals zur Verteidigung des „Ungdomshuset“ auch aus dem europäischen Ausland an. Bei tagelangen schweren Gewalttaten in der dänischen Hauptstadt spielten deutsche Autonome eine zentrale Rolle.

MILITANZ DER 80ER-JAHRE

Die Eskalation im Juli in Hamburg erweckte den Eindruck einer völlig neuen militanten Qualität, stellt sich bei näherer Betrachtung aber nicht als Zäsur dar.

Die Höhepunkte der Gewalt der „Schwarzen Blöcke“ erlebte die Bundesrepublik in den 80er-Jahren. Massenproteste gegen Atomkraft und die Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens (Startbahn West) waren die bundesweiten Aktionsfelder gewaltorientierter Autonome der damaligen Zeit. Am Bauplatz des Kernkraftwerks Brokdorf versammelten sich 1981 bis zu 3.000 verummte und behelmte Störer. Die Felder der Wilster Marsch wurden zum Schauplatz regelrechter Kämpfe mit der Polizei.

Auseinandersetzungen in bis dahin nicht gekannter Härte folgten im Januar 1982 am Frankfurter Flughafen. Der „Schwarze Block“ aus ganz Deutschland schlug bei einer Großdemonstration gegen den Bau der Startbahn West massiv zu. Hundertschaften aus mehreren Ländern waren nach Angaben eines Polizeisprechers teilweise lebensgefährlichen Situationen ausgesetzt.

Die geplante Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstäbe in Wackersdorf rückte ab 1986 in den Fokus der Vermummten und wurde zum neuen Schauplatz gewalttätiger Eskalationen. Massenmilitanz entlud sich auch im innerstädtischen Raum, als der amerikanische Präsident Ronald Reagan Berlin besuchte.

MASSIVE BRUTALITÄT

Das Vorgehen der Störer gegen Polizeibeamte an diesen damaligen Brennpunkten war von einer Brutalität gekennzeichnet, wie man sie heute glücklicherweise nur noch sehr selten erlebt. Pflastersteine und Signalmu-



dition, aber auch Molotow-Cocktails und Präzisionsschleudern (Zwillen) mit Stahlkugeln gehörten zum Waffenarsenal der „Schwarzen Blöcke“. Autonome entlarvten sich bereits damals weniger als Aktivisten mit politischer Botschaft, sondern vielmehr als Horde reisender krimineller Gewalttäter. Eine Beschreibung, die auch heute noch zumindest auf Teile der Szene zutrifft.

Friedliche Demonstranten wurden seinerzeit regelmäßig als Deckungsmasse für militante Aktionen missbraucht. Vermummte brachen aus Versammlungen aus, führten Attacken durch und zogen sich wieder in die

TÖDLICHE SCHÜSSE

Am 2. November 1987 erlebte die Bundesrepublik eine Zäsur. Ein vermummter militanter Demonstrant erschoss zwei Polizeibeamte der Hessischen Bereitschaftspolizei, sieben weitere wurden durch Schüsse verletzt. Ein bis heute einmaliger Vorfall bei Versammlungen in Deutschland. Tatort war der Nahbereich der Startbahn West, die zu diesem Zeitpunkt bereits seit Jahren in Betrieb war. Der Anlass war ein Aufzug zum 6. Jahres-

überfahren wurde. Die Reaktion der Szene bestand aus einer Welle von Gewalt und Zerstörungen.

RECHTSFREIE RÄUME

Ein weiterer bedeutender Aktionsschwerpunkt der 80er-Jahre bestand in der Verteidigung der besetzten Häuser der Hafenstraße in Hamburg. Jahrelang waren dort Polizeieinsätze erforderlich. Autonome aus allen Teilen des Bundesgebiets bauten auf dem Höhepunkt des Konflikts Ende 1987



Demonstrationen zurück. Die kritische Auseinandersetzung der vielen friedlichen Sammlungsteilnehmer mit den Autonomen blieb jedoch weitgehend aus.

Ein V-Mann des Berliner Verfassungsschutzes mischte in Krefeld 1983 bei brutalen Krawallen im „Schwarzen Block“ mit. Seit diesem Vorfall hält sich bis heute in linken Kreisen hartnäckig das Gerücht, Auslöser bei Eskalationen wären von der Polizei eingeschleuste Provokateure.

tag der Räumung eines Hüttendorfes. Der Täter zählte zum harten Kern des Frankfurter „Schwarzen Blocks“. Politik und Medien führten danach eine breite Debatte über die Morde. Die Tat wurde auch in Kreisen der Autonomen heftig kritisiert und weitgehend abgelehnt.

Todesopfer gab es in den 80er-Jahren aber auch unter den Demonstranten. Günter Sare starb 1985 in Frankfurt am Main, als er bei Protesten von einem Wasserwerfer der Polizei

Polizeieinsatz am 7. Juli 2017 gegen Demonstranten, die bei Protesten gegen den G20-Gipfel zur Elbphilharmonie vordringen wollen. 48 Wasserwerfer wurden in Hamburg zusammengezogen.

Foto: Daniel Reinhardt/dpa

die Häuser zu regelrechten Festungen aus und errichteten Barrikaden. Vermummte sicherten Dächer mit Stacheldraht. Ein polizeiliches Einschreiten war in diesen Tagen nicht mehr möglich. 6.000 Polizeibeamte und die



GSG 9 standen zur Räumung bereit, die in letzter Minute politisch abgeblasen wurde. Ein Pachtvertrag mit den Besetzern sollte die befürchtete Schlacht um die Hafestraße abwenden. Zurückweichen des Rechtsstaates vor linken Feinden der Demokratie, wie es aktuell auch im Konflikt um die Rigaer Straße in Berlin mit Sorge zu beobachten ist. Leidtragende war damals die Hamburger Polizei, die auch Jahre später immer wieder mit Gewalt in der Hafestraße konfrontiert wurden.

AUTONOME UND TERRORISMUS

Bei zahlreichen Anschlägen primär im Zusammenhang mit ihrem Kampf gegen die Atomkraft kam bereits damals die Frage nach terroristischen Ansätzen bei den autonomen Gruppen auf. Eine Verbindung zu den Terroristen der Rote Armee Fraktion (RAF) bestand jedoch eher auf der ideologischen, kaum auf der praktischen Ebene. Die Szene lehnte Tötungsdelikte mehrheitlich ab.

Hamburgs Hausbesetzer in der Hafestraße gerieten zeitweise in den begründeten Verdacht, RAF-Mitglieder zu beherbergen. „Schwarze Blöcke“ beteiligten sich auch an Demonstrationen, die aus Solidarität mit der RAF stattfanden. Ehemalige Angehörige linksterroristischer Vereinigungen der 70er-Jahre pflegten in Einzelfällen noch heute Kontakte vornehmlich in die Berliner autonome Szene. So traten frühere Aktivisten von RAF und „Bewegung 2. Juni“ mehrfach bei Veranstaltungen und den Kreuzberger Demonstrationen am 1. Mai auf.

Die 80er-Jahre sind insgesamt im Rückblick als qualitativer Höhepunkt in der Geschichte der militanten Autonomen zu bewerten. Keine andere Dekade erreichte eine derartige Ereignis- und Aktionsdichte. Die 90er-Jahre hatten keine vergleichbare Vielzahl an gewalttätigen Eruptionen mehr zu verzeichnen. Räumungen in Berlin beendeten 1990 die Ära der Hausbesetzer. Militanz gegen die Castor-Transporte nach Gorleben in den Jahren 1996 und 1997 bildete eine der wenigen herausragenden Aktionsspitzen. Die gravierende Welle rechtsextremistischer Gewalt in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung führte auch bei den Autonomen zu verstärkten „antifaschistischen“ Aktivitäten gegen den politischen Gegner.

DER 1. MAI IN BERLIN

Eine Besonderheit im bundesdeutschen linken Protestgeschehen ist die alljährliche „Revolutionäre 1. Mai“-Demonstration in Berlin-Kreuzberg. Am Mai-Tag 1987 ufernten Krawalle in dem Stadtteil zu regelrechten Unruhen aus. Fortan führte der „Schwarze Block“ jedes Jahr am 1. Mai einen Aufzug an, der stets mit Randalen endete. Der Höhepunkt war 1989 erreicht, als die Polizei zeitweise die Kontrolle über Kreuzberg verlor. Das Ausmaß der Gewalt ging in den 90er-Jahren

tisierung“ des 1. Mai in den vergangenen Jahren wieder an. 2014 wurde die Spitze mit 19.000 Teilnehmern erreicht. Gleichzeitig ging die Gewalt, nicht zuletzt auch aufgrund der flexiblen polizeilichen Taktik, immer mehr zurück. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieser Trend langfristig fortsetzt.

GIPFELTREFFEN IM FOKUS

Internationale politische Gipfeltreffen finden in Deutschland nur alle paar Jahre statt, bilden aber seit jeher einen besonderen Aktionsschwer-



Eine internationale Gruppe von Gewalttätern zündet am 4. April 2009 beim Nato-Gipfel in Straßburg Gebäude an. Die deutsche Polizei steht an der Grenze in Kehl bereit.
Foto: Patrick Seeger/dpa

zurück. Zeitweilig verlagerten sich die Ausschreitungen in den Ostteil der Stadt. Heftiger wurde der 1. Mai wieder um das Jahr 2000, teilweise hagelte es Steine auf die Polizei. Autonome traten dabei zeitweise immer mehr in den Hintergrund. Das Geschehen bestimmten häufig junge deutsche und ausländische „erlebnisorientierte“ Gewalttäter ohne politische Motivation.

Überrascht wirkte die Polizei daher, als am 1. Mai 2009 aus einem sehr großen „Schwarzen Block“ heraus bereits zu Beginn der Demonstration massive Angriffe erfolgten. Bis zu 1.200 Vermummte liefen an der Spitze des Aufzuges. Steine und sogar Molotow-Cocktails flogen gegen Einsatzkräfte. Kreuzberg erlebte ein Comeback der Autonomen.

Die Beteiligung an den Versammlungen stieg im Zuge einer von der linken Szene angestrebten „Repoli-

punkt im gesamten linken Spektrum. Gerade gewaltorientierte Gruppen sehen in diesen Ereignissen eine seltene Gelegenheit, bei entsprechender Militanz weltweite Beachtung in den Medien zu finden. Ausschreitungen ereigneten sich im Zusammenhang mit einer derartigen Konferenz 1985 in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn. Proteste gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München fanden ohne die im Vorfeld befürchteten 3.000 angereisten Autonomen statt. Beim Gipfel der Europäischen Union zwei Jahre später in Essen setzte die Polizei ein Versammlungsverbot durch und nahm Hunderte Demonstranten fest.



LINKSEXTREMISMUS

Der „Schwarze Block“ konnte wiederum kaum Teilnehmer nach Essen mobilisieren.

Der G8-Gipfel 1999 in Köln bildete für das deutsche linksextremistische Spektrum einen Tiefpunkt. Die Demonstrationen verliefen friedlich. Autonome Gewalt konnte sich in der Domstadt nicht entfalten. Eine linke Zeitung kritisierte im Nachgang, die Polizei hätte mit einer „flächendeckenden Besetzung der Kölner Innenstadt jede Möglichkeit eines aktiven Regelverstößes vorab ausgeschlossen“.

INTERNATIONALE VERNETZUNG

Aktivisten linker Spektren nahmen sich fortan vor, Proteste besser zu organisieren. Weltweit entstand ab der Jahrtausendwende eine neue

2007 um Heiligendamm sind nur vor dem Hintergrund dieser Entwicklung zu verstehen.

Militante Globalisierungsgegner formierten sich europaweit erstmalig im Jahr 2000 gegen die Tagung des Internationalen Währungsfonds in Prag. Tschechiens Hauptstadt erlebte exzessive Militanz, die sich im Jahr darauf beim EU-Gipfel in Göteborg fortsetzte. Der G8-Gipfel in Genua bildete 2001 den Höhepunkt. Riesige Massenproteste der globalisierungskritischen Bewegung überschattete ein Gewaltausbruch sondergleichen. Bei allen drei Ereignissen agierte ein international zusammengesetzter „Schwarzer Block“, an dem sich in hoher Zahl deutsche Autonome beteiligten, mit teilweise außergewöhnlicher Brutalität. Die Polizei wirkte trotz Großaufgebote überrascht von der Intensität der Attacken. In Genua schoss ein Polizist in Notwehr auf angreifende Gewalt-

europäischen „Schwarzen Block“ begleitet. 433 Verletzte gab es in den Reihen der Polizei nach massivem Bewurf mit Steinen und Gehwegplatten. Derartige Szenen hatte die Bundesrepublik seit den 80er-Jahren nicht mehr erlebt. Die deutsche Polizeitaktik, mit spezialisierten Einheiten beweisichere Festnahmen zu tätigen, stieß in Rostock erstmalig an ihre Grenzen. Zugriffe waren in der Menschenmenge kaum möglich. Kritik kam auf an der anfänglich praktizierten Linie der polizeilichen Deeskalation.

2009 feierte Straßburg (Frankreich) mit einem Gipfeltreffen das Jubiläum der Nato. Der harte militante Kern aus mehreren Ländern präsentierte sich auch hier der Weltöffentlichkeit mit Bildern von Gewalt und Zerstörung. Extrem gewaltbereite Gruppen schreckten nicht einmal davor zurück, ganze Gebäude in Brand zu setzen. Schwere Straftaten unter dem Deck-



Anti-Globalisierungs-Bewegung, in der sich seitdem unterschiedliche Organisationen gegen politische Gipfeltreffen vereinen und die keineswegs nur extremistisch dominiert ist. Autonome verschiedener Länder sahen in diesem Kontext jedoch ebenfalls eine neue Option der internationalen Vernetzung. Die Ereignisse des vergangenen Jahres in Hamburg oder

täter. Ein italienischer Demonstrant starb. In Göteborg kam es ebenfalls zum Schusswaffengebrauch durch bedrängte Einsatzkräfte.

Der G8-Gipfel 2007 fand in Heiligendamm statt. Die Anti-Globalisierungs-Bewegung mobilisierte erstmals in breiter Form nach Deutschland. Die Großdemonstration in Rostock wurde von heftiger Gewalt aus einem riesigen

Das Bild entstand nicht beim Hamburger G20-Protest, sondern 35 Jahre zuvor in Berlin. Der Besuch von US-Präsident Ronald Reagan am 11. Juni 1982 wird von schwerer Gewalt überschattet.

Foto: Martin Athenstädt/dpa

mantel einer angeblichen Kritik an Militarismus. Die Polizei war auch hier nicht Herr der Lage. Überschau-



bar verliefen hingegen die wenigen Proteste gegen den G7-Gipfel 2015 auf Schloss Elmau in Oberbayern. Die Dimension von Heiligendamm wurde auch aufgrund des abgelegenen Tagungsortes in den Alpen bei weitem nicht erreicht.

BLOCKUPY

Mit Blockupy bildete sich in den vergangenen Jahren ein weiteres europaweites Netzwerk politisch links orientierter Organisationen und Gruppen. Das antikapitalistische Bündnis propagiert „Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes“. Ziel von Aktionstagen, an denen sich auch zahlreiche gewaltbereite Autonome beteiligten, war Frankfurt am Main als europäische Finanzmetropole.

Die Eröffnung der neuen Europäischen Zentralbank (EZB) im März 2015 bildete den zentralen Aktionsschwerpunkt der Blockupy-Bewegung. Mehrere große Gruppen verummter bewaffneter Gewalttäter bewegten sich in den frühen Morgenstunden durch die Frankfurter Innenstadt und schlugen eine Schneise der Zerstörung. Fahrzeuge wurden in Brand gesetzt, Fensterscheiben zertrümmert und Einsatzkräfte massiv attackiert. Steine flogen gegen ein Polizeirevier. Streifenwagen gingen in Flammen auf. Schwere Krawalle waren erwartet worden, jedoch nicht in derartiger Intensität zu diesem frühen Zeitpunkt. „Wir wurden schlicht überrascht“ sagte ein Polizeisprecher.

Der Verfassungsschutz berichtete später von bis zu 4.000 beteiligten Autonomen aus verschiedenen Ländern, die geplant und koordiniert teilweise unter Führung von ortskundigen Aktivisten vorgingen. Aus linksextremistischen Kreisen folgte die Bewertung: „Eine Vielzahl von Leuten, die über das ganze Stadtgebiet verteilt entschlossen agiert, kann auch ein großes polizeiliches Aufgebot ins Leere laufen lassen.“ Der extrem hohe Organisationsgrad der Täter von Frankfurt war eine bundesdeutsche Premiere. Die Fortsetzung folgte in Hamburg.

DIE „ROTE FLORA“

Sicherheitsexperten nahmen die Ende 2015 von Bundeskanzlerin Angela Merkel getroffene Entscheidung für



Die besetzten Häuser der Hamburger Hafensstraße waren damals ein bundesweiter Brennpunkt. Polizisten und Autonome stehen sich bei Krawallen am 26. Mai 1989 gegenüber. Foto: dpa

Hamburg als Ort des G20-Gipfeltreffens mit Sorge zur Kenntnis. Die Stadt sei nur schwer gegen Anschläge und Krawalle zu sichern, wurde frühzeitig argumentiert. Ein weiteres Problem ist zumindest von der Bundesregierung vermutlich in Unkenntnis der hanseatischen Besonderheiten im Vorfeld unterschätzt worden: Hamburg verfügt, anders als etwa München oder Köln, über in Jahrzehnten verfestigte linksextremistische Strukturen. Unweit des Tagungsortes Messe befindet sich im politisch alternativ geprägten Schanzenviertel das bundesweit bekannte autonome Kulturzentrum „Rote Flora“. Das marode Gebäude in der Straße Schulterblatt wurde Ende der 80er-Jahre von der Szene erfolgreich gegen den Abriss verteidigt und für besetzt erklärt. Hamburgs Autonome vertreten bis heute die Auffassung, sich dieses Objekt gegen das verhasste System erkämpft zu haben. Die „Rote Flora“ wurde über die Jahre europaweit zum Symbol des linken Widerstandes gegen den Staat. Eine letzte Bastion längst vergangener „revolutionärer“ Zeiten.

Ein Gipfel quasi vor der Haustür würde, das war lange zuvor klar, von linksextremistischen Kreisen als Provokation bewertet werden. Das autonome Umfeld der „Rote Flora“ ist in der Lage, bundesweit und gegebenenfalls auch international militante Unterstützung zu mobilisieren. Deutlich wurde dies bereits im Kontext des G8-Gipfels von Heiligendamm. Die „Rotfloristen“ spielten eine führende Rolle in den Protestvorbereitungen. Aussage aus Flora-Kreisen damals:

„Zu der Frage der Gewalt wollen wir uns nicht äußern.“

Wie diese Aktivisten und ihre eigens angereisten Freunde zur Gewaltfrage stehen, wurde insbesondere Ende 2013 deutlich. Bereits die bloße Diskussion um eine mögliche Räumung der „Roten Flora“ mobilisierte einen „Schwarzen Block“ in vierstelliger Größenordnung zu einer Demonstration. Vor dem Szeneobjekt brachen die schwersten Krawalle seit Jahren aus. Auslöser war wie so oft angeblich die Polizei, die den verummten Mob provoziert haben soll.

Die politische Debatte um Konsequenzen aus der G20-Gewalt wird aktuell wiederholt von Forderungen nach einer Räumung der „Roten Flora“ begleitet. Man könnte beinahe den Eindruck gewinnen, das Objekt wäre ein UNESCO-Weltkulturerbe, so vehement wird seine Existenz bis weit in demokratische Parteien und Medien verteidigt.

MOBILISIERUNG NACH HAMBURG

Die Mobilisierung gegen den G20-Gipfel verlief vergleichbar mit ähnlichen großen Anlässen der Vergangenheit. Die Protestbewegung ist generell keineswegs homogen, sondern setzt sich aus Gruppen mit unterschiedlichen Zielrichtungen zu-



sammen. Autonome Gewalt wird in derartigen Zusammenhängen nicht unbedingt befürwortet, jedoch als legitimer Teil eines möglichst breiten Widerstandes akzeptiert.

Vor dem G20-Gipfel gab es in ganz Deutschland und im europäischen Ausland Vorbereitungstreffen und Informationsveranstaltungen in Anlaufpunkten der linken Szene. Mehrere bundesweite Aktionskonferenzen fanden im Vorfeld statt. Massenhafte Proteste wie in Hamburg oder einst

Die Hamburgische Bürgerschaft konstituierte aus diesem Anlass einen Sonderausschuss. Eine Sonderkommission „Schwarzer Block“ des Landeskriminalamtes Hamburg führt umfassende Ermittlungen zu mehreren Tatkomplexen. Auf eine Darstellung der zahlreichen gewalttätigen Aktionen, die sich im Stadtgebiet ereigneten, wird daher zum jetzigen Zeitpunkt verzichtet. Einige Aspekte sollen an dieser Stelle dennoch ausgeführt werden, da diese zur Beurteilung der Ereignisse

gezeigt haben. Allenfalls hätten sich andere örtliche Brennpunkte ergeben.

3.

Die Zahl von bis zu 8.000 gewaltbereiten Autonomen, die im Vorfeld prognostiziert waren, wurde zu keinem Zeitpunkt erreicht. Das vorhandene Potenzial reichte jedoch aus, um die Polizei mehrfach in Bedrängnis zu bringen. Im „Schwarzen Block“ agierten Personen aus ganz Deutschland und zahlreicher europäischer Länder.



in Heiligendamm entwickeln sich keineswegs spontan vor Ort, sondern werden auf derartigen Tagungen lange zuvor strategisch geplant. Dies gilt gleichermaßen für friedliche wie gewalttätige Aktivisten.

Das Netzwerk Interventionistische Linke (IL) wurde einst mit dem Ziel einer Zusammenarbeit der verschiedenen Spektren gegründet. Mehrfach erwies sich das Bündnis in der Vergangenheit als treibende Kraft von Mobilisierungen etwa gegen G8-Gipfel oder die EZB. Der IL gelang es in Hamburg erneut, alle linken Strömungen einschließlich des Gewaltpotenzials in den Protest zu integrieren und zu koordinieren. Eine Distanzierung von den schweren Ausschreitungen erfolgte zu keinem Zeitpunkt.

DER G20-GIPFEL

Der Einsatzverlauf des G20-Gipfels befindet sich noch in der juristischen und parlamentarischen Aufarbeitung.

von Relevanz sind:

1.

Der Polizeieinsatz beim G20-Gipfel erwies sich im Nachgang mit insgesamt rund 31.000 Beamten als der größte seit Bestehen der Bundesrepublik. Im Rückblick bleibt festzustellen, dass auch ein noch höherer Kräfteinsatz Gewaltausbrüche nicht verhindert hätte. Die Kapazität der gesamten deutschen Polizei reicht nicht aus, um eine Millionenstadt wie Hamburg flächendeckend zu schützen.

2.

Die Polizei Hamburg favorisierte eine offensive Taktik, die auch unter Experten umstritten ist. Ursächlich für die Eskalationen war jedoch nicht – wie von Vertretern einiger Parteien behauptet – das polizeiliche Einschreiten, sondern einzig und allein das zur Gewalt entschlossene militante Potenzial. Die Lage wäre auch bei einer weitaus defensiveren Taktik eskaliert, wie die Ereignisse zehn Jahre zuvor bei der G8-Demonstration in Rostock

„Schwarzer Block“ der 80er-Jahre. Massiver Bewurf auf Einsatzkräfte am Rande der Großdemonstration gegen das Atomkraftwerk Brokdorf am 28. Februar 1981.

Foto: Martin Athenstädt/dpa

Hamburgs Polizei sprach von „professioneller Straßenkämpfermentalität“.

4.

Die Koordinierung und Vorbereitung der militanten Autonomen zeigte in Hamburg eine neue Qualität. Störer wurden erkennbar taktisch geführt, gingen arbeitsteilig vor und wechselten in zahlreichen Fällen ihre Kleidung, um nicht identifiziert zu werden. Die schweren Straftaten am Morgen des 7. Juli wurden nach dem bei den EZB-Krawallen erprobten Konzept durchgeführt. Hoch mobile Aktionstäter, die in Guerilla-Taktik frühmorgens zuschlugen. Das zielgerichtete schnelle Vorgehen im Stadtteil Altona lässt eine Vorbereitung beziehungsweise Führung durch ortskundige Hamburger Autonome als nicht unwahrscheinlich erscheinen.



LINKSEXTREMISMUS

5.

In der medialen Berichterstattung wurde teilweise der Eindruck gewonnen, die Polizei hätte sich in den Abendstunden des 7. Juli komplett aus dem Schanzenviertel zurückgezogen, was so nicht den Tatsachen entspricht. Lediglich die Straße Schulterblatt wurde mit zeitlichem Verzug geräumt. An der Peripherie wurde während der gesamten Abendstunden gegen Störer vorgegangen.

6.

Aussagen von Vertretern aus Polizei und Politik, die eine aktive Rolle des Umfelds „Rote Flora“ an der Eskalation verneinen, sind zu hinterfragen. Dieser Personenkreis mag vielleicht nicht an den Plünderungen beteiligt gewesen sein, sehr wohl aber an den Vorbereitungen und der logistischen Unterstützung des angereisten Gewaltpotenzials. Die Tatsache, dass am Abend des 7. Juli Täter nicht in das Kulturzentrum flüchteten, war vermutlich taktisch bedingt, um einen Polizeieinsatz gegen das Objekt zu vermeiden. Am Abend darauf hielt sich eine große Zahl schwarz gekleideter Störer in dem Gebäude auf, darunter auch Personen aus Griechenland und anderer europäischer Länder.

7.

Als unkalkulierbarer Faktor, auf den auch die gewaltbereite Szene kaum Einfluss hat, haben sich in Hamburg einmal mehr Gaffer und Schaulustige erwiesen. Das Eingreifen der Polizei wurde durch diesen Personenkreis teilweise erheblich erschwert. Der Versuch von politisch linken Kreisen, diese Klientel für den Exzess der Gewalt verantwortlich zu machen, ist jedoch vorgeschoben. Die schweren Straftaten wurden in den meisten Fällen von Autonomen begangen.

8.

In der Nachbereitung des Polizeieinsatzes wird nicht zuletzt die Frage zu prüfen sein, ob die Polizeien der Länder alle Möglichkeiten der Gefahrenabwehr ausgeschöpft haben, um Gewalttäter an der Reise nach Hamburg zu hindern beziehungsweise diese zu erschweren. Maßnahmen im Vorfeld, wie sie etwa gegen Hooligans vor der Fußball-WM 2006 erfolgreich praktiziert wurden, kamen hier allenfalls teilweise zur

Anwendung. Eine CDU-Anfrage an den Berliner Senat ergab eine Zahl von stadtwweit 970 gewaltbereiten Linksextremisten. Trotz dieser hohen Zahl wurden durch das Landeskriminalamt lediglich zwei Gefährderansprachen und vier Meldeauflagen bei bekannten Personen veranlasst.

RESÜMEE

Auch nach den Hamburger Gewaltexzessen sind Teile des demokratischen linken Spektrums nicht bereit, eine glaubwürdige Distanzierung zu autonomen Aktivisten vorzunehmen. Vertreter gewisser Parteien wollen nach wie vor nicht wahrhaben, dass derart schwere Straftaten nicht mit Revolutions-Romantik gleichzusetzen sind. Mit parlamentarischen Anfragen zur Rechtmäßigkeit von polizeilichen Maßnahmen während des G20-Gipfels wird versucht, vom eigentlichen Thema der Gewalt abzulenken. Die Polizei soll so auf perfide Weise nachträglich als Schuldige für das Desaster dargestellt werden. Die Reaktionen auf die kürzlich erfolgten Durchsuchungen und Fahndungen nach G20-Tätern zeigen einmal mehr einen bedenklichen Trend: Sobald die Polizei in irgendeiner Weise Maßnahmen gegen linke Strukturen ergreift, meldet sich sofort eine Gruppe von Politikern und Medienvertretern zu Wort, die den Einsatz als überzogen oder unverhältnismäßig hinterfragen. Dieselbe politische und mediale Ecke, die beim Kampf gegen Rechts dem Staat oft kollektives Versagen und mangelndes Engagement vorwirft.

Hinsichtlich einer Beendigung des Projekts „Rote Flora“ sprechen genug Gründe für einen derartigen Schritt. Die Rolle als eine Keimzelle von Militanz hat sich bereits vor dem G20-Gipfel bei diversen Anlässen herausgestellt. Eine Räumung des Objektes würde allerdings erneut ein internationales gewalttätiges Klientel nach Hamburg mobilisieren.

Im Ergebnis bleibt zu hoffen, dass die Sonderkommission „Schwarzer Block“ zahlreiche Täter ermitteln und zur Aufdeckung der militanten bundesweiten linksextremistischen Strukturen beitragen kann.



COP® SPECIALS

Januar / Februar 2018

**Gültig vom 20.12.2017 bis 28.02.2018

**MIT SHOPS IN
BERLIN · LEIPZIG
MÜNCHEN · WIEN**

1 QuiqLite™ X-RW Hand-frei Akku-LED-Lampe (rot/weiß)
Art.-Nr: QL-XRW2
 Länge: 8 cm; Breite: 2,3 cm
 Gewicht: 42 g. Wieder aufladbare Taschenleuchte inkl. abnehmbarem Diffusoraufsatz XFLARE.



AKTIONSPREIS**
€ 55,90
 statt 64,99*

2 MAGNUM® Must 8.0 WP Einsatzstiefel
Art.-Nr: 878013295-Größe
 Größen: 39-48
 Farbe: schwarz
 Schafthöhe Gr. 43: 24 cm
 Obermaterial: atmungsaktives Nylon mit Einlagen aus Leder.



AKTIONSPREIS**
€ 79,90
 statt 109,99*

3 CANNAE LE Rucksack mit Helmhalterung
Art.-Nr: CANLEGELTM-S
 Größe: 60 x 39 x 16 cm
 Volumen: 21 Liter
 Material: 500D Cordura® Nylon
 Farben: schwarz
 Gewicht: 1,3 kg



AKTIONSPREIS**
€ 149,90
 statt 179,99*

4 Einsatzhandschuh COP®CR212 TS
Art.-Nr: 320212TS-Größe
 Größen: XS - 3XL
 Farbe: schwarz
 Aussemmaterial: 100% Ziegenleder
 Innenmaterial: 100% Polyäthylen



AKTIONSPREIS**
€ 49,90
 statt 69,99**

5 Under Armour® Tactical Stehkragen Mock-Shirt
Art.-Nr: UA12443930-Größe (oliv)
Art.-Nr: UA1244393N-Größe (navy)
Art.-Nr: UA12443935-Größe (schwarz)
 Verfügbare Farben/Größen: siehe Webshop
 Material: 89% Polyester, 11% Elasthan



AKTIONSPREIS**
€ 49,90
 statt 69,99*

6 Under Armour® Sporttasche Undeniable X-Large Duffel
Art.-Nr: UA12618345
 Größe: 43 x 89 x 41 cm (H x B x T)
 Material: 100% Polyester
 Wasserabweisende
 Storm®-Impregnierung des Außenmaterials.



AKTIONSPREIS**
€ 39,90
 statt 59,99*

7 Under Armour® Tactical Kapuzenpullover mit 1/4 Zip Stehkragen
AllseasonGear®
Art.-Nr: UA12796325-Größe (schw.)
Art.-Nr: UA12796320-Größe (oliv)
 Farben: schwarz und oliv
 Größen schwarz: S - 3XL
 Größen oliv: S - XL, 3XL
 Material: 100% Polyester



AKTIONSPREIS**
€ 59,90
 statt 79,99*

8 Hanwag Einsatzschuh Belorado Low
3E Wide GTX®
Art.-Nr: 80H54675-Größe
 Obermaterial: Hochwertiges Wildleder, Textileinlagen
 Futter: GORE-TEX® Membran.



AKTIONSPREIS**
€ 149,90
 statt 169,99*

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. ** ehemaliger Verkaufspreis
 **Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Dezember 2017 bis 28. Februar 2018

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
 Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail support@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

„Zeitenwende im öffentlichen Dienst“

Von Henriette Schwarz

Unter dem Titel „Zeitenwende im öffentlichen Dienst. Weichen stellen für einen handlungsfähigen Staat“ diskutierten Ende November über 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem von DGB Bildungswerk Bund und DGB ausgerichteten Schöneberger Forum.

Befindet sich der öffentliche Dienst in einer Zeitenwende und wenn ja, wie sieht diese aus? Diese Frage stellte die stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Elke Hannack in den Mittelpunkt ih-

So manches Desaster um öffentliche Bauvorhaben erkläre sich wohl auch daraus, dass eine qualifizierte Bauplanung und Bauüberwachung mangels Personal gar nicht mehr möglich sei. „Die dafür ursächliche Sparpolitik kommt uns teuer zu stehen. Staatliches



Beim Schöneberger Forum für die GdP mit dabei: Sven Hüber, stellvertretender Vorsitzender der GdP Bundespolizei und Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Beamten- und Besoldungsrecht.

Foto: Simone M. Neumann

rer Eröffnungsrede und konstatierte: Die Folgen der Digitalisierung, der zunehmende Personalangel sowie der zu gestaltende Generationswechsel prägen aktuell den öffentlichen Dienst. Eine Zeitenwende sei durchaus auszumachen, aber es gäbe zugleich einen Stillstand, denke man beispielsweise an die Mitbestimmung gerade auf Bundesebene.

Handeln alleine am betriebswirtschaftlichen Denken auszurichten – das rächt sich“, unterstrich die DGB-Vize.

Wer einen guten öffentlichen Dienst will, muss in ihn investieren: in Personal, in gute Arbeitsbedingungen, in Infrastruktur. „Die für einen starken öffentlichen Dienst notwendige Zeitenwende bedingt Zukunftsinvestitionen“, machte Hannack klar. Eine Aufgabe des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften sei es daher, dies immer wieder bei den politisch Verantwortlichen einzufordern, Missstände öffentlich zu machen und den Fokus auf die Beschäftigten zu lenken.

In der Podiumsdiskussion verwies ver.di-Vorstandsmitglied Wolfgang Pieper darauf, dass wegen des Personalabbaus und der damit für die vorhandenen Beschäftigten verbundenen Arbeitsverdichtung, Beteiligungsprozesse oftmals als weitere Belastung und weniger als positiv empfunden werden.

NOCH ÜBERWIEGEN DIE FOLGEN DES PERSONALABBAUS

Am Beispiel Bauplanung hob Hannack die Nachwirkungen des bislang erfolgten Personalabbaus hervor. So sei die Zahl der Beschäftigten, die Bauanträge prüfen oder öffentliche Bauten planen, laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung von 1991 bis 2015 um über 40 Prozent zurückgegangen.

TRENDWENDE: PERSONALAUFBAU STATT -ABBAU

Das aktuelle Dilemma sei, dass sich zu den Folgen des Personalabbaus ein Mangel an Fachkräften gesellt und der öffentliche Dienst als Arbeitgeber in Konkurrenz zur Privatwirtschaft nicht attraktiv genug sei. Zwar seien die Bewerberzahlen noch okay, doch sinke der Anteil der tatsächlich Geeigneten stark. Berlins Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen kündigte an, dass das Land sachgrundlose Befristungen künftig möglichst vermeiden möchte, um für potenzielle Beschäftigte attraktiver zu werden.

TRENDWENDE: DIGITALISIERUNG

Eindrücklich schilderte GEW-Vorstandsmitglied Daniel Merbitz für den Schulbereich, was die Digitalisierung den Beschäftigten bringt. Hier klappten Anspruch und Wirklichkeit besonders weit auseinander. Für die Pädagogik seien die Länder, für die Technik und Ausstattung die Kommunen zuständig. Den Beschäftigten werde signalisiert, Geld habe man nicht, aber sie sollten „mal machen“. Viel zu häufig würde die Digitalisierung zudem genutzt, um Beschäftigte zu überwachen und nicht, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, warnte zudem Pieper.

WERTSCHÄTZUNG? OFT FEHLANZEIGE!

Viel zu oft mangelt es an Wertschätzung für die Leistungen, die die Beschäftigten im öffentlichen Dienst tagtäglich erbringen, so ein weiteres Fazit der Fachtagung. Prof. Dr. Berthold Vogel von der Universität Göttingen erläuterte seine These von einer derzeitigen „Krise des Öffentlichen“ und einer feststellbaren Sorglosigkeit beim Umgang mit dem öffentlichen Dienst. Dabei habe die Frage, wie öffentliche Dienstleistungen organisiert werden, Folgen für die „innere Mecha-





nik unseres Alltagslebens“. Dr. Silke Borgstedt vom SINUS-Institut verdeutlichte, dass funktionierende öffentliche Dienstleistungen für viele Bürgerinnen und Bürger zu einer Selbstverständlichkeit geworden seien, die selten hinterfragt werde. Sven Hüber, Hauptpersonalratsvorsitzender der Bundespolizei, berichtete über marode Gebäude, extrem kurzfristig angesetzte Sonderdienste und in der Folge kaum freie Wochenenden sowie eine zunehmende Respektlosigkeit seinen Kolleginnen und Kollegen gegenüber.

SCHÖNEBERGER FORUM 2018

Vielfalt gestalten. Perspektiven bieten, Kompetenzen nutzen – so der Titel des Schöneberger Forums am 21. und 22. November 2018 in Berlin. Menschen sind vielfältig. Der Umgang mit dieser Vielfalt muss gestaltet werden – auch und gerade im öffentlichen Dienst. Die Beschäftigten bringen vielfältige Kompetenzen und Persönlichkeiten mit, sie benötigen aber auch die richtigen Rahmenbedingungen, um diese gut einbringen zu können. Bei der Tagung stehen unter anderem die Themen: Führen in Teilzeit, interkulturelle Zusammenarbeit und Kompetenzentwicklung, Diskriminierungen und Benachteiligungen abbauen oder auch Chancengleichheit im Mittelpunkt. Anmeldungen sind ab Mitte April auf www.schoenebergerforum.de möglich.

Zur Homepage des Schöneberger Forums 2018.



Anzeige

THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % %

Informieren Sie sich! % %

Telefon: (02207) 76 77 % %

www.fahrzeugkauf.com

GdP-Bezirk Bundespolizei unterstützt Obdachlosen-Weihnachtsfeier

Auch im vergangenen Jahr unterstützte der GdP-Bezirk Bundespolizei die Weihnachtsfeier des Sängers und Entertainers Frank Zander für Obdachlose und Bedürftige im Berliner Estrel-Hotel.

Den Gewerkschaftern war es gelungen, 2.000 ausgesonderte, aber nagelneue, Outdoor-Pullover der Bundespolizei zur Verfügung gestellt zu bekommen, die an die Gäste der karitativen Veranstaltung verteilt wurden. Fleißige Kolleginnen und Kollegen aus dem Bekleidungsbereich der Blumberger Bundespolizeiabteilung hatten zuvor in mühevoller Kleinarbeit die Ärmelabzeichen und Polizei-Aufnäher entfernt. Die Dankbarkeit

der Menschen, die sich freuten, in der kalten Jahreszeit ein wärmendes Bekleidungsstück ihr Eigen nennen zu können, war dann auch das schönste Dankeschön für die Helfer.

Martin Schilff, Schriftführer im GdP-Bezirk, servierte zudem den Gästen gemeinsam mit zahlreichen Prominenten, darunter der Schauspieler und Theater-Boss Didi Hallervorden, Geigenvirtuose David Garret, Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke, Ex-Boxer Axel Schulz oder der frühere „Wetten dass“-TV-Moderator Wolfgang Lippert, Gänsekeulen mit Rotkohl und Klößen.

Ein Showprogramm, das Angebot eines Haarschnitts, Geschenke für Mensch und Tier und vieles mehr rundeten dieses seit vielen Jahren von Zander organisierte Event ab. Stunden, in denen die Ärmsten selbst einmal im Mittelpunkt standen und genießen konnten, in der Vorweihnachtszeit verwöhnt zu werden.

Martin Schilff



Sänger und Ur-Berliner Frank Zander (m.) dankte dem Team des GdP-Bezirks Bundespolizei für ihr engagiertes Mitwirken am traditionellen Weihnachtsempfang für die Obdachlosen der Hauptstadt.
Foto: Schilff



Sportminister für härteres Vorgehen gegen Randalere in Stadien

Eine kritische Betrachtung der Initiative

Von Heinrich Bernhardt, Polizeipräsident a.D., und langjähriges Mitglied der DFB-Sicherheitskommission

Folgt man der breiten Presseresonanz vom 10. November 2017, so forderten die Sportminister der Länder bei ihrem Treffen im saarländischen St. Wendel von den Fans und Vereinen ein härteres Vorgehen gegen Gewalt in deutschen Fußballstadien. Eine höchst erfreuliche Initiative, die vom hessischen Innenminister Peter Beuth ausging. Aber warum gerade jetzt und rückblickend betrachtet zum wiederholten Mal?

Forderungen dieser Art füllten schon 2010, 2012 und 2014 die Gazetten. Immer wieder trafen sich Deutscher Fußball-Bund (DFB) und Deutsche Fußball Liga (DFL) untereinander oder fanden sich in sogenannten Runden Tischen mit den verantwortlichen Innenpolitikern zusammen. Am Ende standen mal ein „10-Punkte-Programm“ oder ein „12-Punkte-Plan“ – alle mit Erklärungen und Initiativen mit dem Ziel, die Gewalt rund um die Spiele der Profiligen und vor allem in den Stadien einzudämmen. Was – so fragt sich der Beobachter allerdings – ist seitdem geschehen? Wurden die Probleme in den Stadien tatsächlich eingedämmt?

SICHERHEIT UND ORDNUNG SIND FREMDWÖRTE

Alle Beobachtungen und Berichte über die Ereignisse rund um die Spiele der drei Profiligen sprechen dagegen. Nichts oder nur wenig Wirkkräftiges hat sich getan. Fakt ist nach wie vor, dass vor allem der uneinsichtige und narzisstische Kern der Ultras zu keinerlei Umkehr bewegt werden konnte. Nicht nur, dass sich die Ultras überwiegend noch immer einem sicherheitsorientierten Dialog mit den Clubs und ganz besonders mit der Polizei verschließen. Sie kümmert es auch einen feuchten Kehricht, welche verbands- und öffentlich-rechtlichen Sicherheitsvorschriften existieren. Ihr Handeln ist ausschließlich von ihrer verqueren Auffassung über Recht und Gesetz bestimmt. Sicherheit und Ordnung sind gar Fremdwörter für sie. Immer wieder und ohne

erkennbares Ende brennen sie in den Stadien Bengalos ab, bringen Böller und andere Knallkörper zur Explosion und verschießen Silvesterraketen – und das stets in den allseits bekannten Zuschauerbereichen. Nicht nur das. Wann immer sie es für richtig erachten, setzen sie wechselseitig diese Mittel auch gegen „gegnerische“ Gruppen ein. Ihr blindwütiges Auftreten beim Pokalspiel von Drittligist Hansa Rostock gegen Hertha BSC im August vergangenen Jahres, bei dem die Polizei in unmittelbarer Nachbarschaft der vermummten und brandschatzenden Einzeltäter – gelinde ausgedrückt – eine unverständlich zuschauende Rolle spielte, lässt grüßen.

Jeder weiß, dass das Abbrennen und Verschießen von pyrotechnischen Gegenständen in den Stadien das Leben und die Gesundheit der Besucher aufs Spiel setzt. Gehörschäden, Verbrennungen und Rauchvergiftungen waren bereits mehrfach Gegenstand zivil- und strafrechtlicher Verfahren. Was unternehmen die Vereine und Fußballverbände, DFB und DFL dagegen? Offensichtlich wenig Wirksames und das trotz der Erkenntnisse, die sich aus dem Vorliegen mindestens zweier umfangreicher und eindeutiger Gutachten zu dieser Thematik ergeben. Ausweislich der darin beschriebenen Gefahren, die durch das Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände entstehen, konstatieren die Verfasser vor allem: Wer pyrotechnische Gegenstände abbrennt, erfüllt in der Regel einen Straftatbestand nach dem Sprengstoffgesetz und missachtet eine Vielzahl von Sicherheitsvorschriften wie die der Versammlungsstättenverordnung, der zivil- und öffentlich-

rechtlichen Stadionordnungen oder der sogenannten Sicherheitsrichtlinien des DFB.

EFFEKTIVE GEGENMASSNAHMEN BLEIBEN AUS

Niemand der Verantwortlichen kann sich herausreden, diese Bestimmungen nicht zu kennen – auch und gerade nicht die Vorstände beziehungsweise Manager der großen Clubs. Doch effektive Gegenmaßnahmen bleiben aus. Dafür nehmen sie zwar widerwillig, aber immerhin in Kauf, für die wiederholten Verstöße Sportgerichtsstrafen bis zu 1,5 Millionen Euro pro Jahr zahlen zu müssen und da und dort auch zu sogenannten Blocksperrungen verurteilt zu werden. Blocksperrungen, die in jüngster Zeit leider als „Kollektivstrafen“ verunglimpft werden – wohlwissend, dass ein großer Teil der Besucher in den auffälligen Blocks den eigentlichen Tätern nicht nur passiv gegenübersteht, sondern diesen in den meisten Fällen aktiv Deckung und Schutz gewährt und sich damit strafrechtlich relevant als Gehilfe oder Mittäter geriert.

UNTERLASSUNGEN DER VERANTWORTLICHEN UND WAS GETAN WERDEN KANN

Der DFB muss sich kaum vorwerfen lassen, er habe in den vergangenen Jahren wenig oder gar nichts getan, um die Sicherheit bei Fußballspielen zu verbessern. Das Gegenteil ist der Fall. Davon zeugen einerseits die vielen – auch drastischen – Sportgerichtsentscheidungen und andererseits die von ihm herausgegebenen umfassenden – für jedermann nachlesbaren – Sicherheitsvorschriften, von denen die „Richtlinien zur Verbesserung der Sicher-



FUSSBALL

heit bei Bundesspielen“ herausragen. Auch hat er die Sicherheitsbeauftragten der Clubs und die Führungskräfte der Ordnungsdienste einer eingehenden Schulung und darauf basierenden Zertifizierung unterzogen.

Neuerdings, wie zu hören ist, werden auch die Veranstaltungsleiter beschult. Allenfalls bleibt der Vorhalt gegenüber dem DFB, dass er die entscheidenden Verantwortlichen der Clubs nicht noch dringlicher und nachhaltiger zur Beachtung der verbandsrechtlichen Pflichten angehalten hat. Dazu wäre es längst notwendig, die existierenden Sicherheitsvorgaben – beispielsweise für die Durchführung von Eingangskontrollen gegenüber den auffälligen Gruppen – strikter abzufassen und gegebenenfalls durch entsprechende Empfehlungen auszuliegen.

Die eigentliche Verantwortung für die Umsetzung der Sicherheitspflichten liegt jedoch bei den Vorständen beziehungsweise Managern der Clubs. Ihnen obliegt es zuvorderst, den Regeln

der zivilrechtlichen Verkehrssicherung, strafrechtlichen Garantenstellung und der verbandsrechtlichen Sicherheitsvorgaben durch effektive Maßnahmen Geltung zu verschaffen. Danach haben sie alles Notwendige und Zumutbare – so die Rechtsprechung – zu tun, um die Sicherheit bei den Fußballveranstaltungen zu gewährleisten. Genau da liegt aber das Problem. Das verbotene Einbringen und Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände ist nicht – wie bis dato üblich – nur durch flächendeckende, an alle äußeren Zugänge der Stadien angeordnete Eingangskontrollen zu verhindern. Damit werden völlig undifferenziert alle Stadionbesucher betroffen.

VORHERIGES EINSCHMUGGELN VERBOTENER GEGENSTÄNDE

Nein, mit „20-Sekunden-Kontrollen“, dem Abtasten der Kleidung oder der Durchsuchung mitgeführter Be-

hältnisse, lassen sich pyrotechnische oder andere verbotene Gegenstände wohl kaum auffinden. Die eigentlichen Täter werden damit schon gar nicht erreicht. Sie setzen alle ihre Kreativität dafür ein, diesen Kontrollen zu entgehen oder ihnen auszuweichen. Niemand hindert sie beispielsweise daran, die verbotenen und gefährlichen Gegenstände außerhalb der Veranstaltungszeiten in das Stadion einzuschmuggeln, dort zu verstecken und am Spieltag nach Durchschreiten der Eingangskontrollen aufzunehmen.

Wenn verständlicherweise dagegen schon keine kostenintensiven Dauerbewachungen der Stadien außerhalb der Veranstaltungszeiten infrage kommen, so ist doch zu gewährleisten, dass die Stadien vor Veranstaltungsbeginn durch die Ordnungsdienste eingehend nach versteckten Gegenständen abgesehen werden. Darüber hinaus sollten die Veranstalter alles unternehmen, das dazu geeignet ist, die auffälligen Gruppen – seien es die Auswärts- oder

Anzeige

45
JAHRE

NÜRNBERG, GERMANY:
EIN ORT, ZWEI MESSEN
JETZT TICKET KAUFEN

ENFORCETAC

International Exhibition & Conference
Law Enforcement, Security and Tactical Solutions

7.–8.3.2018

Konferenzpartner



Personen unter 18 Jahren
sowie Privatpersonen
haben keinen Zutritt.
Legitimation erforderlich.

Wir informieren Sie gern.
NürnbergMesse GmbH
T +49 911 8606-4932
besucherservice@nuernbergmesse.de

ENFORCETAC.COM

NÜRNBERG MESSE

BEREIT FÜR
MEHR

#IWAshow

IWA
OUTDOOR
CLASSICS 2018

High performance in target sports,
nature activities, protecting people

9. – 12.3.2018

IWA.INFO/BEREIT

auch Heimfans – gezielt anzugehen. Sie sind die Gefährder, und ihnen gilt vorrangig die gesamte Aufmerksamkeit.

Daher sind die Clubs dazu aufgefordert, den an der äußeren Umfriedung der Stadien stattfindenden allgemeinen Eingangskontrollen, soweit sie überhaupt sinnvoll erscheinen, intensive blocknahe Kontrollen an den Gefährderbereichen folgen zu lassen. Dort sollten die bekannten Gruppen einer intensiven Absuche ihrer Kleidung – gegebenenfalls bis auf die Unterwäsche – unterzogen werden. Unter Umständen erfordert dies das

Eintrittsrecht in das Stadion und darf zurückgewiesen werden.

INTENSIVKONTROLLEN MIT ERFOLGEN

Die Clubs müssen diese Regelungen nur anwenden. Vergleichbare Intensivkontrollen in der Vergangenheit bei Veranstaltungen des Hamburger SV und von Bayern München erzielten Erfolge: Pyrotechnische Gegenstände konnten nicht eingeschleppt und abgebrannt werden. Natürlich führten

permanent abzusichern. Dafür ist der Einsatz befähigter Ordnungsdienste notwendig. Sie haben dafür zu sorgen, dass jegliches unberechtigtes Betreten der Blöcke und ohne erneute Durchsuchung unterbleibt. Nur so lässt sich das nachträgliche Einbringen verbotener Gegenstände während jeglicher Fluktuation der Besucher – beispielsweise während der Halbzeitpausen oder bei Toilettengängen – verhindern. Übrigens: Auf diese Weise könnte auch das Einbringen diskreditierender und beleidigender Banner und Transparente oder sogenannte Vermummungsgegenstände unterbunden werden.



Der Schutz von Fußballspielen ist nach wie vor eine personal- und zeitintensive Aufgabe der Polizeien von Bund und Ländern.

Foto: Huebner/dpa

Bereitstellen von Kabinen, um die Menschenwürde der Betroffenen aktiv zu schützen. Komme niemand der Zuständigen mit dem Argument, dies sei aus Rechtsgründen nicht zulässig. Wer von den Besuchern durch den Erwerb einer Eintrittskarte einen sogenannten Besuchervertrag eingeht, unterliegt den Sicherheitsvorgaben der Clubs. Das folgt schon aus den Ticketbedingungen, die als AGB wirksamer Teil des Vertrages sind. Wer diese Vorgaben nicht beachtet, verliert – trotz Vorlage eines Tickets – das

die Kontrollen zu Empörung und Protest der Betroffenen. Was konnte man auch anderes erwarten! Doch eine solche Agitation müssen die Verantwortlichen im Interesse der Sicherheitsgewährleistung aushalten.

In Ergänzung dieser Intensivkontrollen ist es ebenfalls geboten, nicht nur den Staubereich vor dem Block so abzusichern, dass die Übergabe entsprechender Gegenstände durch andere Besucher verhindert wird. Zugleich ist es geboten, die Zugänge dieser Blöcke während der gesamten Veranstaltung

Die von den Verantwortlichen immer wieder vorgetragene Behauptung, die pyrotechnischen Gegenstände seien nach Art und Größe so klein oder vielfältig, dass sie nicht ausreichend entdeckt werden könnten, würde durch das beschriebene Verfahren grundsätzlich ad absurdum geführt. Auch das Vorbringen der Clubs, potenzielle Täter würden in die von friedlichen Besuchern belegten Zuschauerbereiche ausweichen und dort pyrotechnische Gegenstände abbrennen, entbehrt jeglicher Grundlage. Die



Täter verlören nicht nur die Solidarität der Masse ihrer bisherigen Unterstützer, sondern sie stünden ab sofort auch unter der greifbaren sozialen Kontrolle der friedlichen Besucher. Also: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Genau dieser Wille scheint den Vereinsverantwortlichen zu fehlen. Dem Fachkenner drängt sich der Eindruck auf, dass die überwiegende Zahl der Clubs nicht bereit ist, gerade den immer wieder auffallenden Gruppen mit Konsequenz entgegenzutreten. Als Indiz mag ein Fall bei Eintracht Frankfurt stehen, die den von einer sportgerichtlich verhängten Blocksperr betroffen Heimfans die Möglichkeit eröffneten, unter Beibehaltung der günstigeren Eintrittskosten für den gesperrten Stehplatzbereich einen teuren Sitzblock darüber aufzusuchen, wo dann etliche Besucher verdrängt wurden.

Wer von den Clubverantwortlichen glaubt, sich mit diesem Auftreten die Zuneigung der so begünstigten Gruppen „einzukaufen“ und damit künftiges Fehlverhalten zu vermeiden, ist auf dem Holzweg. Uneinsichtige und beharrlich gegen geltende Sicherheitsbestimmungen Handelnde lassen sich so kaum bekehren. Ein solches Appeasement-Verhalten der Clubs wird nicht belohnt werden. Das ist die Botschaft der psychologisch und kriminologisch fundierten Erkenntnisse, die sich unter anderem aus den Theorien über die „operante Konditionierung“ und der „routine activity theory“ ergeben. Die Verantwortlichen sollten dies wissen und danach handeln: Wer keine Grenzen setzt, ermuntert die Täter, so weiterzumachen wie bisher.

DIE ROLLE DER ORDNUNGS- BEHÖRDEN UND POLIZEI

Dass die zuständigen Ordnungsbehörden und Polizeien ebenfalls gefordert sind, ihren Anteil zur Sicherheitsgewährleistung beizutragen, sei schon aus Gründen der Fairness gegenüber den Clubs nicht verschwiegen. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass in vielen Fällen die Ordnungsbehörden in den Ländern die Gewährleistung der Sicherheit bei Fußballveranstaltungen nicht als ihre Aufgabe ansehen und damit das Betätigungsfeld gänzlich der Polizei überlassen. Sie wird es schon richten.

Dagegen ist die gesetzliche Aufgabe der allgemeinen Gefahrenabwehr zu allererst den Ordnungsbehörden übertragen. Der Polizei ist ein Tätigwerden prinzipiell nur im Rahmen der Eilzuständigkeit auferlegt und darüber hinaus nur, wenn es gilt, akuten Gefahren operativ entgegenzutreten.

Dagegen sind die Ordnungsbehörden im Vorfeld der Spiele dazu aufgerufen, die Clubs zu den erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen in den Stadien anzuhalten, soweit dort – wie beschrieben – Defizite offenbar werden. Das gilt gerade für Maßnahmen gegen das verbotene Einbringen und Abbrennen von Pyrotechnik. Den Ordnungsämtern kommt es daher unter anderem zu, den Fußballveranstaltern mit Verfügungen zwingend aufzugeben, die beschriebenen nachgezogenen Intensivkontrollen durchzuführen und die entsprechenden Zuschauerbereiche abzusichern. Einer beratenden Unterstützung wird sich die Polizei sicherlich nicht versagen.

Allerdings hat die Polizei auch eine originäre Aufgabe vor Ort. Nach bisherigen Beobachtungen vermeidet sie leider jeglichen sichtbaren vorbeugenden Aufenthalt in den auffälligen Besucherbereichen, wenn es darum geht, dem illegalen Abbrennen von Pyrotechnik vorzubeugen. Es sieht so aus, als schlage hier die vor einiger Zeit von Nordrhein-Westfalen ausgegangene Maxime durch, sich zurückzuhalten und polizeilich erst dann sichtbar auf den Plan zu treten, wenn dies zwingend erforderlich wird. In erster Linie – so die bisherige nordrheinisch-westfälische Argumentation – sei es Aufgabe der Veranstalter und nicht der Polizei, die Sicherheit bei Fußballspielen zu gewährleisten. Das mag zwar im Verhältnis zwischen den Aufgabenzuweisungen – einerseits der Gewährleistung der sogenannten Betriebssicherheit durch den Veranstalter und andererseits dem Gebot für die Polizei, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten – grundsätzlich richtig sein.

Es verkennt jedoch die Schnittstellen zwischen beiden Aufträgen. Wenn der Veranstalter nicht oder nicht mehr ausreichend seine Aufgaben im Stadion gewährleisten kann, dann wird die öffentliche Sicherheit tangiert, bei der die Polizei gefordert ist. Dass die Grenzen der Betriebssicherheit durch das massenhafte Abbrennen in den auffälligen Blöcken längst überschrit-

ten sind, ist allenthalben sichtbar und dürfte nicht mehr strittig sein. Dem hat die Polizei nachdrücklich entgegenzuwirken. Natürlich nicht zwingend in einer akuten Lage, wenn es im wahrsten Sinne des Wortes in einem gefüllten Zuschauerbereich brennt und jedes Einschreiten einer größeren Zahl von Eingreifkräften zu größeren Gefahren führt als jene, die abgewehrt werden sollen.

Das „Verbot“ folgt schon aus den Rechtsgrundsätzen der Pflichtenkollision und Verhältnismäßigkeit. Doch wer hindert die Polizei daran – außer sie selbst –, bereits nach Öffnung des Stadions eine präventive offene Präsenz in den auffälligen Blöcken zu zeigen. Den nach und nach eintretenden potenziellen Rechtsbrechern würde dies nicht gefallen. Sie müssten schon bei sich anbahnenden Rechtsbrüchen mit einer unmittelbaren Reaktion der Staatsmacht rechnen. Das damit verbundene Risiko wäre sicht- und greifbar und dürfte sie abhalten, so wie bisher aufzutreten. Zugleich würde sich die Polizei mit dieser taktischen

Anzeige



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

An der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin ist am Fachbereich 5 „Polizei und Sicherheitsmanagement“ folgende Stelle zu besetzen:

**eine Professorin/
ein Professor
(Bes.Gr. W2)
„Einsatzlehre und
Führungslehre“**

Kennziffer: 112/2017

Besetzbar: zum nächstmöglichen Zeitpunkt

Bewerbungen auf die Professur sind bis zum **26.03.2018** mit aussagekräftigen Nachweisen – soweit vorhanden auch Ergebnissen von Lehrevaluationen – und Zeugnissen zur Erfüllung der Einstellungs Voraussetzungen und unter **Angabe der Kennziffer** an die Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Christine Bartel-Bevier – HLRef 1, Badensche Str. 52, 10825 Berlin oder gern auch elektronisch unter: **Berufungsverfahren@hwr-berlin.de**, zu richten. Wir bitten, Bewerbungsunterlagen **nur in Kopien** und **nicht in Mappen** vorzulegen, da die Unterlagen nicht zurückgesandt werden; sie werden nach Abschluss des Auswahlverfahrens vernichtet.

Das detaillierte Stellenprofil, die Anforderungen für die Berufung zur Professorin/zum Professor sowie weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.hwr-berlin.de/aktuelles/stellenmarkt-stipendien-wettbewerbe/stellenangebote/>



Variante selbst in die Lage versetzen, sachgerecht und unverzüglich innerhalb des Blocks intervenieren zu können, ohne erst eindringen zu müssen. Und dies dann auf einem niedrigeren Gefahrenlevel als bei einer greifbaren akuten Eskalation in einem gefüllten Block. Auch diesem Gedanken sollten sich die Sportminister, die in aller Regel als Innenminister der Polizei vorstehen, widmen, ihn reflektieren und gegebenenfalls daraus Strategien ableiten.

FAZIT

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Das zeigte das Fußball-Mutterland England, das mit dem sogenannten Taylor-Report von 1989 neue Wege beschritt und den jahrelangen Gewalteruptionen um die Spiele auf der Insel mit Erfolg entgegentrat. Das muss ja nicht gleich heißen: Abschaffung aller Stehplätze oder Einführung der Personalisierung der Eintrittskarten für alle Besucher. Neue und erfolgversprechendere Wege sollten jedoch beschränkt werden. So wie bisher darf es keinesfalls weitergehen.

Dass DFB-Präsident Reinhard Grindel gegenwärtig versucht, im Dialog mit den Ultras einen vernünftigen Weg zu finden und die gegenwärtige Situation zu entkrampfen, ehrt ihn und ist höchst erfreulich. Möge er den gewünschten Erfolg erzielen. Allein es fehlt der Glaube daran; denn in der Vergangenheit haben die Ultras weder Einsicht noch ein Entgegenkommen gezeigt. Unabhängig davon sollten alle anderen Verantwortlichen, insbesondere repräsentiert durch die Innenbehörden, die nachgeordneten Polizeien, die Ordnungsbehörden und Fußballveranstalter, zum wiederholten Male in zuständigkeitsübergreifende Gespräche treten – mit dem Ziel, konkrete sicherheitsverbessernde Maßnahmen zu erwägen und zu beschließen.

Dabei darf es nicht nur um das unselige Abbrennen von Pyrotechnik gehen; denn es gibt noch andere sicherheitsrelevante Themen. Und bei allem darf keinesfalls der Dialog mit den friedfertigen Fans vergessen werden – jene, die den Clubs die Treue halten und die für die Stimmung in den Stadien sorgen. Ihre Kraft und hofentlich auch ihr Wille, auf die weniger Friedfertigen einzuwirken und sich von diesen zu desolidarisieren, sollten nachdrücklich gefördert werden.

Deutscher Personalräte-Preis 2018

Engagement und eine hohe Motivation, für die Interessen der Beschäftigten einzutreten – das sind die Triebfedern für erfolgreiche Personalratsarbeit. Dem Dienstherrn ist sie häufig ein Dorn im Auge. Beschäftigte und Öffentlichkeit halten sie oft für selbstverständlich. Deshalb setzt der „Deutsche Personalräte-Preis“ klare Signale: Mit der Auszeichnung und Würdigung beispielhafter Projekte wird die Arbeit und der Einsatz der Personalräte anerkannt und öffentlich gewürdigt. In der Preis-Jury sitzen auch zwei Kollegen der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Jetzt bewerben!

Als Personalrat oder Jugend- und Auszubildendenvertreter (JAV) sind Sie herzlich eingeladen, sich für den Deutschen Personalräte-Preis 2018 zu bewerben. Projekt einfach unter www.DeutscherPersonalraete-Preis.de anmelden.

Die Jury

Die Auswertung und Beurteilung der eingereichten Arbeiten erfolgt durch eine mit renommierten Experten aus der Praxis, den Gewerkschaften und der Wissenschaft besetzten Jury:

- Ellen Bartelheimer, Personalratsvorsitzende Kreisverwaltung Bergstraße
- Katharina Berkenkamp, Referentin im Hauptvorstand der GEW
- Prof. Dr. Monika Böhm, Philipps-Universität Marburg
- Frank Braun, Bevollmächtigter öffentlicher Dienst HUK-COBURG
- Elke Hannack, Stellvertretende Vorsitzende des DGB
- Sven Hüber (GdP), Vorsitzender des Bundespolizei-Hauptpersonalrats beim Bundesministerium des Innern
- Anne Kilian, Stellvertretende Vorsitzende im Schulhauptpersonalrat beim Niedersächsischen Kultusministerium
- Michael Kröll, Verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift „Der Personalrat“
- Wolfgang Pieper, Bundesfachbereichsleiter, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand
- Arnold Plickert, Stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

Wer?

- Personalratsmitglieder
- Personalratsgremien und Arbeitsgruppen
- Dienststellenübergreifende Personalrats-Kooperationen
- Jugend- und Auszubildendenvertre-

tungen für den Sonderpreis der DGB-Jugend

Was?

Eingereicht werden können Initiativen für Beschäftigte aus den Jahren 2016 bis 2018, die zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen, des Arbeitsumfeldes oder der sozialen Rahmenbedingungen durchgeführt wurden. Das Einreichen mehrerer Arbeiten ist möglich.



Wie?

Für die erfolgreiche Teilnahme am Deutschen Personalräte-Preis 2018 bitte den Teilnahmebogen auf www.DeutscherPersonalraete-Preis.de vollständig ausfüllen.

Wann?

Die Teilnahme ist bis 31. Mai (Posteingang) möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der frühe Vogel ...

Die ersten 50 Anmeldungen – bis 28. Februar – erhalten ein druckfrisches Exemplar der neuen „Arbeits- und Sozialordnung“ von Michael Kittner.

Der „Deutsche Personalräte-Preis“ wird vom Bund-Verlag und der HUK-COBURG gemeinsam verliehen.

PM/red

Jetzt anmelden auf www.DeutscherPersonalraete-Preis.de



POLIZEI IN STAAT UND GESELLSCHAFT

Politikwissenschaftliche und soziologische Grundzüge

Von **Bernhard Frevel (Hrsg.)**.

1. Auflage 2015

Umfang: 206 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 24,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0766-6

VDP e book

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 18,99 € [D]

Dieses studienbegleitende Lehrbuch stellt die politikwissenschaftlichen und soziologischen Grundlagen für die Polizeiarbeit dar. Während die Politikwissenschaft Analysen bereitstellt, um die Polizei und ihr Handeln zu verstehen, bietet die Soziologie unverzichtbares Hintergrundwissen, um die Bedeutung gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse für die Gewährung von Sicherheit und Ordnung zu erfassen und als Polizei hierauf zu reagieren.

In zehn Kapiteln beschreiben die Autorinnen und Autoren, die an polizeiausbildenden Hochschulen und Akademien lehren, die sozialwissenschaftlichen Fragestellungen mit stetem Bezug zur Rolle, Funktion und Organisation der Polizei sowie zu den politischen Bedingungen und Anforderungen an polizeiliches Handeln in Deutschland.

Der politikwissenschaftliche Teil befasst sich mit dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland, einer Politikfeldanalyse der Inneren Sicherheit, dem politischen Extremismus und Terrorismus und der Europäisierung der Inneren Sicherheit.

Eine Einführung in die Soziologie der Polizei leitet den soziologischen Teil ein. Weiterhin werden die Sozialstruktur Deutschlands, das polizeiliche Handeln im urbanen Raum und soziologische Fragen zu Polizei und Gewalt betrachtet. Abgerundet wird das Buch mit einem Überblick über die Geschichte der deutschen Polizei und einem Beitrag zum Thema Polizei als Beruf.



DER HERAUSGEBER

Dr. rer. soc. Bernhard Frevel, Professor für Sozialwissenschaften an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW sowie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Das ist neu in 2018

Zu Jahresbeginn wurden einige Ergebnisse aus der Tarifrunde 2017 umgesetzt. Die wesentlichen Besonderheiten sind nachfolgend erläutert, doch sind diese Informationen nicht abschließend:

1. ERHÖHUNG DES TABELLENENTGELTES

In Umsetzung des Tarifergebnisses erhöht sich das Tabellenentgelt ab 1. Januar 2018 um 2,35 Prozent. Auszubildende erhalten einen weiteren Festbetrag in Höhe von 35 Euro.

2. EINFÜHRUNG EINER STUFE 6 BEI DEN ENTGELTGRUPPEN 9 BIS 15

a. Wechsel aus der Stufe 5 in die Stufe 6

Alle Beschäftigten, die Ende 2017 der Stufe 5 zugeordnet sind, werden der Stufe 6 zugeordnet, wenn sie mindestens fünf Jahre in der Stufe 5 verbracht haben. Ansonsten erreichen sie die Stufe 6, sobald sie die fünfjährige Stufenlaufzeit absolviert haben.

Die Höhe der Beträge für die Stufe 6 der einzelnen Entgeltgruppen zeigt die Tabelle:

EG	Stufe 5	Stufe 6
15	6.181,49 Euro	6.274,21 Euro
14	5.647,28 Euro	5.731,99 Euro
13 Ü	5.647,28 Euro	5.731,99 Euro
13	5.299,43 Euro	5.378,92 Euro
12	5.187,62 Euro	5.265,44 Euro
11	4.721,77 Euro	4.792,59 Euro
10	4.392,57 Euro	4.458,46 Euro
9	3.883,21 Euro	3.941,46 Euro

Am 1. Oktober 2018 wird das Entgelt der neu eingeführten Stufe 6 um weitere 1,5 Prozent angehoben. Bezüglich der Beträge erfolgen zu gegebener Zeit entsprechende Informationen.

Fallen die Stufenzuordnung und eine Höhergruppierung zeitlich zusammen, so erfolgt zuerst die Zuordnung zur Stufe 6 und anschließend die Höhergruppierung. Die Höhe von persönlichen Zulagen (zum Beispiel bei Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit) wird dann auf Grundlage des Erhöhungsbetrages der Stufe 6

berechnet. Der Betrag, um den das Entgelt in der Stufe 6 höher ist als in der Stufe 5, wird vom Strukturausgleich abgezogen.

b. Wechsel aus der individuellen Endstufe 5+ in die Stufe 6

Beschäftigte, die sich in einer individuellen Endstufe 5+ befinden, werden nur dann der Stufe 6 zugeordnet, wenn am 1. Januar 2018 der um 2,35 Prozent erhöhte Betrag der individuellen Endstufe nicht höher ist als der Betrag der neuen Stufe 6. Ist der Betrag der Endstufe 5+ höher als der der Stufe 6, werden die Beschäftigten einer neuen individuellen Endstufe 6+ unter Beibehaltung der bisherigen Entgelthöhe zugeordnet.

Durch die Anhebung der Stufe 6 zum 1. Oktober 2018 wird im Oktober eine neue Vergleichsberechnung erforderlich. Der Betrag der individuellen Endstufe bleibt weiterhin dynamisch, das heißt, er wird bei späteren Lohnerhöhungen in gleichen Maße erhöht.

3. EINFÜHRUNG EINES ERHÖHUNGSBETRAGES IN DER „KLEINEN“ EG 9

a. Erhöhungsbetrag (Stufe 5)

Beschäftigte, die Ende 2017 der Stufe 4 zugeordnet sind und in dieser mindestens fünf Jahre verbracht haben, erhalten ab 1. Januar 2018 ein erhöhtes Tabellenentgelt. Das bedeutet, der Tabellenwert erhöht sich um 53,41 Euro. Ab 1. Oktober 2018 erhöht sich der Tabellenwert nochmal um 53,40 Euro. Die Laufzeiten und Beträge der „Kleinen“ EG 9 ab 1. Januar 2018 zeigt die Tabelle:

EG	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5
Laufzeit	1 Jahr	5 Jahre	9 Jahre	5 Jahre	
Entgelt	2749,89	3029,67	3172,55	3560,20	3613,61

Bezüglich der Höhergruppierung, der Auswirkungen auf die persön-

lichen Zulagen und des Strukturausgleichs gilt das unter 2.a. Beschriebene.

b. Individuelle Endstufe 4+

Beschäftigte in der individuellen Endstufe 4+ der „Kleinen“ EG 9, erhalten dann das erhöhte Tabellenentgelt der neuen Stufe 5, wenn am 1. Januar 2018 der Betrag, der um 2,35 Prozent erhöhten individuellen Endstufe nicht höher ist als die neue Stufe 5. Ist das Tabellenentgelt der Stufe 5 niedriger als der bisherige Betrag der individuellen Endstufe, verbleiben die Beschäftigten in der individuellen Endstufe unter Beibehaltung der bisherigen Entgelthöhe. Ein Anspruch auf den Erhöhungsbetrag besteht dann nicht.

Durch die Anhebung des Erhöhungsbetrages zum 1. Oktober 2018 wird wieder ein Vergleich zwischen der individuellen Endstufe 4+ und dem neuen Tabellenentgelt nötig. Der Betrag der individuellen Endstufe bleibt weiterhin dynamisch, hier gilt das unter 2.b. Gesagte.

4. EXKURS: TEILZEITBESCHÄFTIGTE IN DER INDIVIDUELLEN STUFE 5+

Bei Teilzeitbeschäftigten erfolgt die Berechnung auf Grundlage der Vollzeittätigkeit. Nach dem Stufenaufstieg in die Stufe 6 wird das Entgelt dann wieder auf den Teilzeitanteil reduziert. Sollte sich hierdurch ein niedrigeres Entgelt als vor dem Stufenaufstieg ergeben, wird zur Sicherung des Entgelt-niveaus übertariflich eine dynamische Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrags gezahlt. Auch für Beschäftigte, die sich in Altersteilzeit – auch in der Freistellungsphase des Blockmodells – befinden, finden die oben genannten Regelungen Anwendung.

Camilla Ruppert und Jutta Jakobs



Rechtsterrorismus, kein Amok

Eine Neubewertung des Münchner Attentats vom Juli 2016

Von Dr. Florian Hartleb

Bei einem Anschlag in München im Sommer 2016 tötete der 18-jährige Deutsch-Iraner David S. am und im Münchner Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) neun Menschen. Fünf weitere verletzte der Schüler durch Schüsse. Die Polizei war mit einem Großaufgebot im Einsatz. Gut zwei Stunden nach Tatbeginn stellte eine Polizeistreife den Täter in der Nähe des Einkaufszentrums, woraufhin dieser sich erschoss. Der Vorfall war gekennzeichnet von einer Vielzahl von Gerüchten über Schießereien in der Innenstadt, so dass sich im Zuge einer Massenpanik zahlreiche Menschen verletzten.

Die Tat vom 22. Juli 2016 wird bislang nicht als politisch-rechtsextremistisch eingestuft. Der Täter gilt „aufgrund seines Selbstbildes eher (als) ein psychisch kranker Rächer“, nicht als ein „terroristischer Kämpfer“, wie das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz final konstatiert (Vorläufige Erstbewertung vom 10. August 2016, in: 111Js188785-161 Hauptakte Band 3, 0917). Die Bayerische Staatsregierung wie das Landeskriminalamt stuften die Tat nicht als politisch motiviert ein.

Der folgende Beitrag stützt sich als Primärquelle auf tausende Seiten von Ermittlungsakten, die helfen, den Fall von David S. über Medienberichte hinaus vollständig zu erfassen. Der Autor war als Gutachter für die Stadt München, der es um eine wissenschaftliche Aufarbeitung geht, mit dem Fall betraut. Gerade das Verhalten in der Schule (Aussagen von Mitschülern

und Lehrern) sowie im virtuellen Raum sowie während seiner Therapien sind relevant. In einen breiteren nationalen und internationalen Zusammenhang wurde der Fall wohl auch deshalb nicht gestellt. Das verwundert, da andere Sicherheitsbehörden wie das US-amerikanische FBI (Federal Bureau of Investigation) sich längst intensiv mit dem Tätertypus des Einsamen-Wolf-Terroristen auseinandersetzen.

Experten sprechen gar vom „Zeitalter des Einsamen-Wolf-Terrorismus“ (Hamm, Mark S./Spaaij, Ramón: The Age of Lone Wolf Terrorism, New York 2017). Der US-amerikanische Terrorismusexperte Jeffrey D. Simon führt aus: „Einsame Wölfe wurden lange Zeit von politischen Entscheidern, Ermittlungs- und Geheimdienstbehörden sowie Terrorismusexperten ignoriert. Auch heute noch, trotz des Anstiegens von Einsame-Wolf-Attacken quer über den Globus, ist die Idee, dass ein in-

dividueller Terrorist so gefährlich wie eine weitverzweigte Terrororganisation sein kann, für viele ein schwer zu akzeptierender Befund. Freilich gilt es zu erinnern, dass Terrorattacken nicht immer komplexe Operationen sind, die detaillierter Planung, Ressourcen, Training und gruppenorientierter, hierarchischer Führung bedürfen. Einsame Wölfe, unabhängig, ob sie aus politischen, religiösen oder idiosynkratischen Gründen handeln, haben in zahlreichen Fällen unter Beweis gestellt, dass sie mit ihren Gewalttaten Regierungen und Gesellschaften tiefgreifend treffen können. Leider ist es wahrscheinlich, dass wir diesen Typus von Attacken häufiger sehen werden“ (eigene Übersetzung; Simon, Jeffrey D.: Lone Wolf Terrorism. Understanding The Growing Threat, New York 2016: iX).

AMOKLAUF VERSUS EINSAMER-WOLF TERRORISMUS

Eine gewisse Gemeinsamkeit besitzen Amokläufer und Terroristen dadurch, dass es keine eindeutige „Persönlichkeit des Täters“ gibt. Was aber Terroristen und Amokläufer unterscheidet, ist die Zielrichtung: Während Terroristen mit ihren Taten die

Anzeige



Habichtswald-Klinik, Wigandstraße 1, 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe



Habichtswald-Klinik

Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde
Psychosomatik · Innere Medizin · Onkologie

Vielfalt ist unsere Einzigartigkeit. Erfahrung unsere Stärke.

Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten und Ressourcen wiederentdeckt, Selbstheilungskräfte frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen.

Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z. B. bei Tinnitus, Depression, Burnout oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter www.habichtswaldklinik.de oder gebührenfrei* unter 0800 890 11 00.

* aus dem deutschen Festnetz



THEMA STRASSENVERKEHR

Internationalität im deutschen Straßenverkehr

Ein Leitfaden für die Kontrolle
ausländischer Verkehrsteilnehmer

Von **Bernd Huppertz**.

1. Auflage 2015

Umfang: 368 Seiten / **Format:** DIN A 5, Broschur

Preis: 26,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0751-2

Dieses Buch ermöglicht Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten die Beurteilung ausländischer Fahrzeugführer in fahrerlaubnisrechtlicher sowie ausländischer Fahrzeuge in zulassungs-, versicherungs- und steuerrechtlicher Hinsicht. Es basiert auf dem in drei Auflagen erschienenen Titel „Ausländer im deutschen Straßenverkehr“. Dieser wurde von seinem Autor komplett überarbeitet, aktualisiert und inhaltlich um die Themen „Kennzeichnung elektrisch betriebener Fahrzeuge“ und „Elektrofahrräder“ erweitert. Eine weitere Neuerung sind die farbigen Abbildungen, die mit der Darstellung einzelner Fahrzeuge sowie von Führerschein, Zulassungsbescheinigungen und Kennzeichen dem Leser eine wertvolle Hilfe und Unterstützung bei seiner Arbeit bieten.

Fahrerlaubnisrecht

Leitfaden für Studium und Praxis

Von **Bernd Huppertz**.

5. Auflage 2015

Umfang: 568 Seiten / **Format:** DIN A 5, Broschur

Preis: 29,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0746-8

Das vorliegende Werk kombiniert die Anforderungen insbesondere der Bachelor-Ausbildung mit der polizeilichen Praxis. Mit eingehenden Erläuterungen, Schaubildern und zahlreichen Beispielen sowie ausführlichen Fußnotenverweisen auf einschlägige Quellen in Literatur und Rechtsprechung behandelt der Autor die fahrerlaubnisrechtlichen Bestimmungen. In insgesamt 60 Kapiteln werden alle Fahrerlaubnisklassen und alle Fahrzeugklassen, einschließlich z.B. der Quads, Trikes, eScooter, motorisierten Kickboards, Touristikbahnen und Minisattelzüge bis hin zu Krankenfahrstühlen, einer genaueren Betrachtung zugeführt.



DER AUTOR

Bernd Huppertz, Polizeihauptkommissar, hauptamtlicher Dozent für das Fach Verkehrsrecht/Verkehrssicherheitsarbeit an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in Köln.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Öffentlichkeit erreichen wollen, um letztlich politische Forderungen zu platzieren (und die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen zu verändern), sind die Ziele von Amokläufern wohl eher auf einer persönlichen Ebene zu suchen. Auch in der Auswahl der Opfer unterscheiden sich beide. Während Terroristen je nach Zielrichtung der Tat unbeteiligte Zivilisten angreifen (Schrecken verbreiten), beschränken sich die meisten Amokläufer eher auf ein ihnen in gewisser Weise nahe stehendes Umfeld – und dieses soll im Regelfall durch die Taten auch beeinträchtigt werden.

Die Bezeichnung „Lone-wolf-terrorism“ wurde von US-Behörden eingeführt, ist wissenschaftlich längst standardisiert wie etabliert. Das gilt auch für den deutschen Kontext. Einsamer-Wolf-Terrorismus bezieht sich nach allgemeiner Definition (Spaaij, Ramón: The Enigma of Lone Wolf Terrorism. An Assessment, in: Studies in Conflict & Terrorism (33 (2010), S. 854-870)) auf intendierte Akte, die von Personen begangen werden, welche:

1. individuell operieren;
2. vorgeben, aus politischen Überzeugungen zu handeln;
3. nicht einer organisierten Terrorgruppe oder einem Terrornetzwerk angehören;
4. ohne direkten Einfluss eines Anführers oder einer irgendwie gearteten Befehls- und Gehorsamshierarchie handeln;
5. dabei für die Propaganda, die kommunikative Verbreitung ihrer extremistischen Ideologie selbst sorgen;
6. Taktik und Methoden (modus operandi) umsetzen, ohne direkten Befehl oder direkter Führung von außen.

Der Einsame-Wolf-Terrorismus ist das Produkt der Selbstradikalisierung eines Individuums, die von einer im Einzelfall zu gewichtenden Mixtur aus persönlichen Kränkungen und politisch-ideologischen Motiven ausgelöst wird. Der Befund, dass David S. ein Schriftstück („Manifest“) bereits ein Jahr vor der Tat verfasste und sich im Darknet um eine Waffe erfolgreich bemühte, spricht eindeutig für Terrorismus, nicht für Amok. Der Täter reiste noch im Januar 2016 mit seiner Familie in den Iran. Wie die Behörden eingestehen, absolvierte der damals noch Minderjährige ein Schießtraining für

Luftdruckwaffen in Begleitung seines Vaters und dessen Bruders, der in Teheran lebt (vgl. Bayerisches Innenministerium: Antwort auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze, Fraktion der Grünen im Landtag, Mai 2017: 9) – eine eher untypische Urlaubsaktivität für einen verhaltensauffälligen jungen Mann. Auf jeden Fall spricht alles für eine lange Vorbereitung. Im Keller des Wohnhauses seiner Eltern übte er das Schießen.

ALLE OPFER MIT MIGRATIONS-HINTERGRUND

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz selbst macht eine deutliche Aussage, die sich gegen die Einstufung „Amok“ ins Feld führen lässt: „Die Opfer SONBOLYs hatten alle einen Migrationshintergrund. Somit scheint die Opferauswahl durchaus rechtsextremistisch motivierten Taten zu entsprechen. Dies hatte zur Folge, dass einige öffentliche Stimmen von einem rechtsextremistisch, beziehungsweise fremdenfeindlich motivierten Anschlag sprachen.

Tatsächlich ist es unwahrscheinlich, dass es sich bei SONBOLYs Opfern um reine Zufallsopfer handelt: Nach allem, was bisher bekannt ist, standen die Opfer zwar in keinerlei Kennverhältnis zu SONBOLY und scheinen sich zufällig am Tatort aufgehalten zu haben. Der Täter scheint die Opfer jedoch nach optischen Gesichtspunkten ausgewählt zu haben. Im Gegensatz zu den meisten jugendlichen Amoktätern, die sich insgesamt an Mitschülern 'rächen', indem sie beispielsweise an die alte Schule zurückkehren, 'rächte' sich SONBOLY an Personen, die möglicherweise optisch seinem persönlichem, aber verallgemeinertem Feindbild der ehemaligen Mobber entsprachen“ (Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz: Vorläufige Erstbewertung vom 7. Dezember 2016, 111Js188785-161 Hauptakte Band 3, 0992). Warum der Verfassungsschutz nicht klarer die Fremdenfeindlichkeit und den Hass gegenüber bestimmten ethnischen Gruppen anspricht, erschließt sich hier nicht.

EIN TERRORISTISCHER ANSCHLAG

S. sah gerade München als sein Vaterland, das er etwa von Deutsch-



DP-Autor Dr. Florian Hartleb ist ein international ausgewiesener Politikwissenschaftler, der im offiziellen Auftrag der Stadt München den Fall untersuchte. Zuvor waren Zweifel an der Motivbewertung des Täters öffentlich diskutiert worden.

Foto: privat

Türken befreien möchte. Der Schüler führte bis zuletzt ein soziales Leben, er absolvierte eine Führerscheinprüfung und trug selbst am Tag der Tat Zeitungen aus. Für das Erkennen auf Einsamen-Wolf-Terrorismus bei S. sprechen folgende Merkmale:

- schwere psychische Probleme; dennoch stringente Planung des Anschlags;
- tiefe persönliche Kränkungserfahrungen (Mobbing auch durch Schüler mit türkischen Hintergrund, enttäuschte Liebe) und Identitätskonflikte;
- Selbstradikalisierungsprozess; rege virtuelle Aktivitäten mit „Gleichgesinnten“ (über Gewaltspiele, etwa in einem Internet-Forum für Ego-Shooter-Spiele);
- Schusstraining (dabei Selbstvideos mit fremdenfeindlichen Tiraden);
- Interesse für Politik (politische Parteiprogramme, NGOs etc.);
- rechtsextremistische Gesinnung (Wille, „arisch“ und „Deutscher“ zu sein);
- Überlegenheitsgefühl der „weißen Rasse“ (Begriffsursprung des „Lo-



GEWALT IM ÖFFENTLICHEN RAUM



Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie Nr. 23

Von **Detlef Averdiek-Gröner**, **Udo Behrendes**, **Wolfgang Gatzke** und **Daniela Pollich**.

1. Auflage 2017

Umfang: 120 Seiten,

Format: 17 x 24 cm, Broschur

Preis: 14,90 € [D] (Abo: 12,90 € [D])

ISBN: 978-3-8011-0802-1

Die innere Sicherheit in Deutschland scheint in Gefahr. Prügelattacken, Messerstechereien, sexuelle Übergriffe, Amokläufe und Terroranschläge – fast täglich wird über derartige Gewalttaten im öffentlichen Raum berichtet und eine spürbare Verunsicherung, ja Angst vor ebendieser Gewalt ist bei einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern zu registrieren.

Die Gewährleistung von Sicherheit vor Gewalt im öffentlichen Raum ist eine Kernfunktion des staatlichen Gewaltmonopols und damit eine Kernaufgabe der Polizei. Die Autoren dieses Buches greifen die sicherheitspolitisch relevanten Fragen dieses Themas auf und analysieren diese in drei Themenkomplexen. Sie bieten damit für Ausbildung, Arbeitsalltag und Führung in der Polizei dezidiert und praxisbezogen wichtige polizeifachliche Orientierung.

- Der erste Teil eröffnet mit einer Analyse und Bewertung der Kriminalitätsstatistiken im Hinblick auf die Entwicklung der Gewaltkriminalität im öffentlichen Raum. Er beleuchtet auch das intensiv diskutierte Thema Gewalt im Zusammenhang mit Zuwanderung und Asyl.
- Auf die Phänomene und Erklärungsansätze von Gewaltdelikten im öffentlichen Raum geht der zweite Teil ein. Die Autoren stellen dar, was Tatgelegenheiten ermöglicht bzw. verhindert, wer Täter und wer Opfer sein kann. Es werden verschiedene Modelle vorgestellt, um Tatorte von Gewalthatlungen zu erklären. Zudem werden Mittel und Methoden der Polizeiarbeit, wie dem Problem begegnet werden kann, präsentiert und exemplarisch erläutert.
- Der dritte Teil beschäftigt sich einleitend mit dem statistischen Material zur Gewalt gegen Polizeibeamte. Weiterhin werden in dem Beitrag Maßnahmen diskutiert, wie Gewalt in der polizeilichen Praxis reduziert werden kann. Dies schließt u.a. die Diskussion um Bodycams und um eine Vertrauens- und Fehlerkultur ein, aber auch Empfehlungen, wie Teams zusammengestellt werden sollten.



DIE AUTOREN

Detlef Averdiek-Gröner, Polizeidirektor. Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Verbundabteilung Münster.

Udo Behrendes, Leitender Polizeidirektor a.D.

Wolfgang Gatzke, Direktor d. Landeskriminalamtes NRW a.D.

Dr. Daniela Pollich, Professorin für Polizeiwissenschaften an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Abteilung Köln.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de



Ein Großaufgebot der Münchner Polizei in einer teilweise turbulenten Einsatzlage.

Foto: Lukas Barth/dpa

- ne Wolf“ Ende der 90er-Jahre; Loschlagen im Einkaufszentrum, wie von Tom Metzger in den 90er-Jahren als Variante vorgeschlagen);
- große, narzisstische Pläne für Terrorismus UND Amoklauf (wie selbst-angefertigte Chatprotokolle zeigen) einschließlich der Absicht, Teil einer Gruppe und einer Anschlagsserie zu sein: „mit Anschlagteams in mehreren Großstädten, gleichzeitigen Amokläufen an bayerischen Hauptschulen und einem Bombenanschlag mit einem Lkw“ (Baumgärtner, Maik/Knobbe, Martin (2017): Rassistischer Terrorplan, in: Der Spiegel, Nr. 30, S. 42-44);
- Schwadronieren von Anschlägen „in mehreren deutschen Großstädten“, die sich gegen Salafisten richten; „für mein Land, für Deutschland“;
- Anschein, mit Gewalthandlung nachzuweisen zu wollen, ein „echter Deutscher“ zu sein und das Land gegen islamistische Bedrohungen zu schützen;
- damit Schaffung einer für diese Form des Terrorismus typische „Ideologie sui generis“;
- typisches Einsames-Wolf-Profil eines „autistischen Extremisten“;
- sozialdarwinistische Einteilung der Menschen;
- allgemeiner Menschen- und Ausländerhass;

- Hass gegenüber türkischstämmigen Menschen (sowie etwa gegenüber Arabern und Menschen aus Albanien und Bosnien);
- akribische Vorbereitung („Schießtraining“ im Iran während der konkreten Planungsphase des Anschlags, Training auch im Keller des Wohnhauses);
- Klage über eine „Überfremdung“ in München; damit eigene Stilisierung, im Dienste der Stadt zu handeln; Inszenierung als Landesverteidiger;
- OEZ als Ort der moralischen Dekadenz (Menschen mit Migrationshintergrund, die seinen Moralvorstellungen widersprechen); Alternativpläne wie etwa ein Jugendzentrum; daraus abgeleitet Ziel, vornehmlich junge Menschen zu treffen;
- Waffen- und Munitionsbesorgung bei einem rechtsextremistischen Waffenhändler;
- heimtückische Opferauswahl nach optischen Gesichtspunkten (alle mit Migrationshintergrund), basierend auf Fremdenhass;
- hohe Anzahl von Opfern bei gleichzeitiger maximaler Öffentlichkeit;
- Vorbild „Breivik“: politische, ein Jahr vor der Tat verfasste Botschaft (Manifest) und Tat am Jahrestag der Breivik-Morde;
- Bekennerschreiben „Ich werde jetzt die Türken auslöschen“;

- personalisierte Kränkungsideologie wie bei Einsame-Wolf-Terroristen typisch;
- Überlegungen, durch Erschießen den „Märtyrertod“ zu sterben.

Gerade ein Aspekt spricht entscheidend für Terrorismus und nicht für Amoklauf. Terroristen sehen sich als Teil einer ideologischen Gemeinschaft, Amokläufer empfinden sich als isoliert. In den Chats mit Bastian überhöht sich S. sehr wohl. Die Ermittler gehen davon aus, dass er „die beiden Dateien mit Absicht auf seinem Computer so platzierte, dass diese bei einer Sichtung beziehungsweise Auswertung seines PC sehr leicht gefunden werden“ (111Js188785-161 Hauptakte Band 3, 0971). Die Schlussfolgerung lautet, dass S. die zwei Chats „zur Überwindung von Resthemmungen und der Steigerung der Tat“ selbst verfasste. So spricht er vom „Gottgleichen Kampf“ und von der „Operation Münchencleaning“ (111Js188785-161 Hauptakte Band 3, 0976 f.).

10-Punkte-Raster für Einsamen-Wolf-Terrorismus

Folgendes allgemeine 10-Punkte-



Raster für Einsame-Wolf-Terroristen (Zierhoffer 2014: 57-59) kann auch für S. angelegt und angewandt werden:

1. Motivation

- Mobbing (persönliche Kränkungs-erfahrungen);
- hohes Aggressions- und Gewaltpotenzial (auch während des Mobbingzeitraums);
- schulisches Scheitern;
- Klage über Überfremdung in seinem Münchener Lebensumfeld (zugleich „Lokalpatriotismus“);
- Menschenhass (insbesondere gegenüber Menschen mit „türkischen und balkanischen Migrationshintergrund; späte, schablonenhafte Rachedgedanken gegenüber diesen Personengruppen; Klage über Überfremdung in seinem Münchener Wohnumfeld);
- Wille, als Iraner und Deutscher „Überarier“ sein zu wollen (dabei Identitätskonflikte und Anzeichen einer „Überassimilation“);
- Hass auf radikale Islamisten (Salafisten);
- bewaffneter Kampf gerade gegen Deutsch-Türken (in seinen Worten „Kakerlaken“);
- Anschläge „für mein Land, für Deutschland“.

2. Kommunikation

- relative soziale Isolation im realen Raum geradezu Gleichgesinnten;
- dennoch: Schaffung eines Umfelds, dass laut der Ermittler „geeint war im Hass gegen das Fremde“ (Freunde, Chatpartner, Waffenhändler et cetera; vgl. Baumgärtner/Knobbe 2017);
- Erstellen eines „Manifests“ und eigener Chatprotokolle (ohne aktives Aussenden seiner Botschaften);
- keine Kommunikation mit seiner Familie über seine Absichten.

3. Interesse für Terrorismus

- Bewunderung für den Rechts- und Einsamen-Wolf-Terroristen Breivik (offenbar Vorbildcharakter nicht nur für die Tatausführung; ideologischer Bezug; Symbolik: Handeln genau fünf Jahre nach Breivik);
- nähere Beschäftigung mit dem Amoklauf (Lesen von Büchern, Besuch von Tat- und Grabstätten);
- Befürwortung von Gewalt.

4. Verhalten im Zusammenhang mit den Attacken

- Verbergen des „Kinderzimmers“ vor seinen Eltern;

- exzessiver Computerkonsum;
- Bestehen des Führerscheins im zweiten Versuch (10. Juni 2016);
- Waffenerwerb über das Darknet;
- Schießtraining im Keller des Wohnblocks (mit Selbstfilmen) und im Iran;
- Diskussion über Überfremdung in München;
- Überlegungen nach einem geeigneten Anschlagziel (OEZ als verhasstes Objekt, Jugendzentrum oder McDonalds);

7. Bestätigung

- exzessive Computerkampfspiele;
- kein Andocken etwa an rechtsextremistische Gruppierungen;
- sehr aktive virtuelle Tätigkeiten.

8. Soziale Beziehungen

- von Gleichgesinnten weitgehend isoliert;
- dennoch viele Kontakte im virtuellen Raum (Smartphone et cetera);
- traumatisiert durch die Mobbing-Erfahrungen? (soziale Phobien);



Einsatzkräfte am Tatort des zu diesem Zeitpunkt mutmaßlichen Amoklaufs in einem Münchner Einkaufszentrum.

Foto: Lukas Barth/dpa

- Vorbereitung von Hassbotschaften (Chatprotokolle, auch als Selbstgespräche);
- Bekennerschreiben, das gefunden werden sollte;
- Aufsuchen eines Reisebüros (eventuell Idee, in den Iran zu fliehen).

5. Mentale Störungen

- frühkindlicher Autismus;
- soziale Phobien und Depressionen; (Behandlungen, Einnahme von Antidepressiva, die David S. vor seiner Tat eigenmächtig absetzte);
- als Deutsch-Iraner Identitätskonflikte (Änderung des Namens von Ali in David);
- offenbar auch Narzissmus (Traum von Anschlagsserie einer Gruppe).

6. Organisation

- lange Tatvorbereitung (über ein Jahr);
- Verschlüsselungscode und Anbahnung des Waffenkaufs im Darknet; Treffen mit dem Waffenhändler;
- Tatplanung (über gefaktes Facebookprofil, perfide über ein fiktives türkisches Mädchen).

- Familienurlaub in den Iran (halbes Jahr vor der Tat).

9. Auffälligkeiten von anderen

- „Heil-Hitler-Rufe“ und Provokationen während der stationären Behandlungen;
- Eltern: wussten von den psychischen Störungen, aber nicht vom geplanten Morden;
- virtuelle Kommunikation (Chatpartner, die Aggressionen teilten bis hin zu konkreten Ideen von Gewalttaten; über Gewaltspiele Teilen von Phantasien und wohl auch rassistischen Gedanken);
- fremdenfeindliche Äußerungen bei den beiden Treffen mit dem allerdings ebenfalls fremdenfeindlichen Waffenhändler.

10. Präventionsmöglichkeiten

- schwierig, da nicht einschlägig bekannt oder vorbestraft (keine kriminellen Auffälligkeiten);
- unbeschriebenes Blatt für Polizei und Sicherheitsbehörden;
- daher nur Möglichkeiten im familiären und schulischen Umfeld nach



den offenkundigen Verhaltensauffälligkeiten (oder durch Auffälligkeiten im virtuellen Raum, wie durch den Waffenerwerb im Darknet oder über Chatpartner, die ähnliche Gewaltphantasien beziehungsweise eine rechtsextremistische, rassistische Gesinnung teilen).

KRITERIEN ERFÜLLT

Wer die Fakten zu einem Täterbild zusammenfügt, sieht alle Kriterien eines Rechtsterroristen im Sinne eines einsamen Wolfes erfüllt. Der Deutsch-Iraner plante seine Anschläge über ein Jahr minutiös, absolvierte Schießübungen, besorgte sich eine Waffe über das Darknet. Er verfasste ein Bekenntschreiben, fantasierte über ein Anschlagsteam und über das Ziel, sein Vaterland „München“ zu schützen. Auch seine Opferauswahl war ideologisch: Alle Getöteten waren Migranten. Besonders perfide war, dass er mit einem gefakten Facebook-Account eines türkischen Mädchens bestimmte ethnische Gruppen anlocken wollte.

Die persönliche, individualisierte Kränkungsideologie, angereichert mit kruden Bestandteilen, macht gerade den Einsamer-Wolf-Terrorismus aus. Es erstaunt, dass das offizielle Motiv auf ein einstiges Schulmobbing – später war der stets aggressive David S. sogar Klassensprecher – zurückgeführt wird. Zumal sich psychische Störungen und rassistisches Handeln gar nicht ausschließen.

FAZIT

Die schon nach wenigen Tagen getroffene und scheinbar unverrückbare Einstufung als klassischer Amoklauf verwundert, hat sie doch gravierende Folgen: etwa für die spezifische Erinnerungskultur der Stadt München im Lichte der Terroranschläge bei den Olympischen Spielen von 1972 und beim Oktoberfest von 1980, aber auch für die innere Sicherheit und die Terrorismusbekämpfung im Allgemeinen. Wo genau der Schwerpunkt lag und ob das einstige Mobbing wirklich die Ursache für das lange geplante und gezielte Morden war, lässt sich posthum nur schwer feststellen. Einerseits besteht kein Zweifel an einer „rechtsextremistischen Gesinnung“ von David S., andererseits werden die Morde als

unpolitisch abgetan. Mit gutem Grund, mit Fug und Recht kann man hier auch einen Einsamen-Wolf-Terrorismus diagnostizieren. Das hätte die Folge, dass der Fall im Verfassungsschutzbericht von Bayern und folglich auch im Bund aufgeführt werden müsste und unter Rechtsterrorismus sowie Einsamer-Wolf-Terrorismus zu subsumieren wäre. Darüber hinaus hätte die bayerische Staatsregierung dem Bundeskriminalamt eine „politisch motivierte Straftat“ anzeigen müssen, was nicht erfolgte.

STARK ANTIQUIERTES VERSTÄNDNIS

Der bayerische Innenminister negiert die Einstufung als rechtsextremistische Tat deswegen, weil S. niemals in seinem Leben Teil einer rechtsextremistischen Organisation war (Herrmann, Joachim: „Bei der Polizei gibt es Baustellen“, in: Der Spiegel, Nr. 32 vom 5. August 2017, S. 44). Diese Argumentation geht aber von einem stark antiquierten Verständnis aus, welches im virtuellen geprägten Zeitalter des Einsamen-Wolf-Terrorismus

längst nicht mehr zeitgemäß und obsolet geworden ist. Hätte man bei S. etwa einen Mitgliedsausweis von einer rechtsextremistischen Partei (selbst von der von ihm mehrmals lobend erwähnten rechtspopulistischen AfD) oder anderen Organisation gefunden oder Besuche etwa von „Parteistamm-tischen“, Mitgliederversammlungen oder ähnlichem nachweisen können, wäre man wohl an der Einstufung „Rechtsterrorist“ von vornherein nicht vorbeigekommen.

Im Falle der IS-Einzeltäter genügt es hingegen schon für den Befund „Terrorist“, wenn der Gewalttäter ein IS-Symbol im Zimmer oder gemalt auf den Rucksack hat. Ungeachtet der abnormalen Persönlichkeitsstruktur von David S. wäre die Annahme ein falscher Ansatz in der Bekämpfung, wonach Terroristen anormale, psychisch gestörte oder gar geistig kranke Persönlichkeiten seien, deren Zurechnungsfähigkeit folglich eingeschränkt wäre. Damit ignoriert man das rationale, minutiös geplante Vorgehen bei der Ausführung ebenso wie die über einen langen Zeitraum nachweisbare rassistische Gesinnung, die auf einem politischen Weltbild basiert.

NACHRUF

Wir trauern um Axel Kniefs

Tief betroffen müssen wir Abschied nehmen von Axel Kniefs. Die Nachricht seines plötzlichen Todes mit nur 53 Jahren hat uns sehr bestürzt.

Axel war seit 2006 Mitglied der Bundestarifkommission (BTK) der GdP als Vertreter des Landesbezirks Bremen. Mit seiner Kompetenz und seinem umfangreichen Fachwissen hat er wesentliche Beiträge zur Tarifarbeit innerhalb der BTK geleistet. Er wird eine große Lücke hinterlassen.

Mit seiner Fröhlichkeit und seiner zuvorkommenden Art war er für viele von uns ein Freund. Er war voller Optimismus und konnte seine Mitmenschen begeistern.

Mit Axel verlieren wir einen humorvollen, freundlichen und kompetenten Kollegen, als den wir ihn in Erinnerung behalten werden.

Wir fühlen mit seiner Familie und



Foto: privat

seinen Freunden. Wir werden ihn sehr vermissen und ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

**Die Bundestarifkommission
der GdP**





24. INTERNATIONALE OFFENE
**POLIZEISKI-
MEISTERSCHAFTEN**
OFTERSCHWANG IM ALLGÄU



EINLADUNG

24. Internationale offene Polizeiskimeisterschaften
der Gewerkschaft der Polizei Service GmbH
in Ofterschwang vom

23. – 25.02.2018

Infos: 089 / 57 83 88 -22
www.gdpservicegmbh.de



Vorsicht, hier fahren eure Eltern!

Von Thomas Gesterkamp

Immer mehr Kinder kommen nicht mehr allein zur Schule, sondern werden im Auto gebracht. Vor Unterrichtsbeginn herrscht das motorisierte Chaos vor den Türen.

Ab zehn vor acht bilden Familienwans und Minibusse eine Schlange vor dem Schuleingang. Besonders eilige Eltern am Steuer wollen die Wartezeit auf einen Parkplatz abkürzen und versuchen ihre kleinen Passagiere in zweiter oder gar dritter Reihe loszuwerden. Genervtes Gehuhe erschallt von hinten, ein Junge mit Rucksack springt vom Beifahrersitz. Bremsen quietschen, Türen schlagen zu, Motoren verpesten die Luft mit Abgasen: Alltag an einem ganz normalen Morgen vor einer Grundschule in Düsseldorf.

„Zebrastreifen, Zebrastreifen, mancher wird dich nie begreifen“, sang einst, pädagogisch bemüht, der Kinderliedermacher Rolf Zuckowski in seiner „Schulweg-Hitparade“. Am wenigsten begreifen offenbar die Eltern, und das hat bisweilen gefährliche Folgen. In Stuttgart wird ein Mädchen in der Ablieferhektik beinahe angefahren, die Schulleiterin spricht von Wildwest-Szenen. In Berlin scheucht ein Vater per lässiger Handbewegung durch das Seitenfenster verängstigte Schülerlotsen beiseite. Die Stadt Osnabrück richtet symbolische, weil nicht rechtsverbindliche „Bannmeilen“ rund um die Schulen ein. Hannover lockt die Familienautos nach dem Muster von Bahnhofsvorplätzen in eine abgetrennte Kiss and Ride-Zone. Anderenorts werden Poller einbetoniert oder Haltemöglichkeiten eingeschränkt. Und in Düsseldorf hängen inzwischen lustige Warnhinweise mit ernstem Hintergrund: „Vorsicht, liebe Kinder, hier fahren eure Eltern!“

GIGANTISCHES CHAOS

In den 70er-Jahren erreichten neun von zehn Kindern allein ihre Grundschule – zu Fuß, mit dem Fahrrad oder in Bus und Bahn. 2012 kam eine Forsa-Umfrage zu dem Ergebnis, dass vier Jahrzehnte später rund die Hälfte der Schülerinnen und Schüler von Müttern oder Vätern gebracht wird – meist



mit dem Auto. „Elterntaxis sind ein riesiges Problem für die Sicherheit vor den Schulen“, warnt das Deutsche Kinderhilfswerk, ein „gigantisches Chaos“ beklagt der Philologenverband. Selbst der ADAC, als mächtige Lobbyorganisation der Kritik am Autofahren vollkommen unverdächtig, hält zumindest einen Teil der chauffierenden Erzeuger für unbelehrbar.

Der schwarze „Familien-Geländewagen“ mit den abgedunkelten Fensterscheiben, in seinen panzerähnlichen Ausmaßen für den engen Stadtverkehr ohnehin denkbar ungeeignet, ist zum Symbol einer motorisierten Abschottung geworden. Die am Lenker thronenden „Helikopter-Eltern“ interessieren sich nicht für

Hohe Unfallgefahr an Schulen: Jetzt noch schnell das Kind raus und dann los.

Foto: Patrick Pleul/dpa

Umweltanliegen wie Benzinverbrauch oder Abgaswerte, sondern ausschließlich für die Gesundheit und Sicherheit der Liebsten an Bord. Das Lebensmotto dazu lautet: Wir zuerst! Dazu gehört selbstverständlich die Vorfahrt an der



Eingangspforte der Schule ihrer Kinder.

SCHULWEG ALS VERKEHRS-ERZIEHUNG

Das Problem dahinter hat vielfältige Ursachen. In ländlichen Räumen, betroffen von Abwanderung, Einwohnerverlusten und Schulschließungen, sind die Schulwege länger geworden. Und in den Großstädten begnügen sich ehrgeizige Eltern nicht mit der nächstgelegenen normalen Bildungseinrichtung. Das einstige Sprengel-Prinzip, das zum Besuch der Stadtteilschule verpflichtete, hat längst ausgedient. Für Bildungsbeflissene muss es schon die Reformschule mit dem besonderen Angebot sein.

Die hat allerdings oft den Haken, dass sie viel weiter entfernt liegt und für die Kinder mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur umständlich zu errei-



chen ist. Deshalb muss das Elterntaxi ran. Für die Kutschierdienste nehmen Mama und/oder Papa Umwege auf der Fahrt zu ihren Arbeitsplätzen klaglos in Kauf. In vielen Familien stehen beide Elternteile beruflich unter (Zeit)Druck, morgens sind sie besonders in Eile. Auch vor der Schule soll es deshalb schnell gehen, die Rücksichtnahme auf andere bleibt dabei manchmal auf der Strecke. Inzwischen überwachen

Vor vielen Schulen herrscht zweimal am Tag ein gefährliches Verkehrschaos. Ein Grund dafür sind die sogenannten Elterntaxis, mit denen die Kleinen von ihren besorgten und oft gestressten Eltern zur Schule gebracht werden.

Foto: Holger Hollemann/dpa

verstärkt Polizisten oder Polizistinnen die Zufahrten, regeln den Verkehr zu den Stoßzeiten und schlichten in der Kampfzone.

Reise & Erholung

Bayerischer Wald, komf. FeWo v. Kollegen
ab 2 Pers., ab 35 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:
0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

**WWW.
Polizeifeste.de**

Action mit wasser-c-raft in Tirol
Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 123,-
Unterkunft über uns buchbar.
Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

Franken bei Bamberg,
eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend, Lift,
75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 188,- €,
Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41,
www.zur-sonne-urlaub.de

Mittlerer Schwarzwald

Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos,
50–90 m², für 1–4 Pers., ab 40 €/Tag,
(Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unse-
rem Schwarzwaldtal viele interessante
Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark,
Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger
Wasserfälle) in nächster Umgebung
und **Natur pur**. Hausprospekt unter
Tel. 0 78 23/9 65 65, Fax 9 65 66
Machen Sie sich ein Bild unter
www.mittelschwarzwald.de
Sie werden begeistert sein!

Der Weg zur Schule, das belegen nicht nur die Kinderlieder von Rolf Zuckowski, galt einmal als wichtiger Teil der Verkehrserziehung. Zebra-
streifen, Schülerlotsen, Einweisung in die Regeln des Fahrradfahrens durch ehrenamtlich aktive Eltern: All das sollte die kindliche Autonomie stärken, die eigenständige Beweglichkeit fördern, die schrittweise Ablösung von der Familie voranbringen.

Die gut gemeinten Hol- und Bringdienste im Auto bewirken das genaue Gegenteil. Sie beruhen auf Angst – vor Kriminalität, vor Überfällen oder sexuellem Missbrauch, vor Phänomenen, die auf Schulwegen statistisch überhaupt nicht messbar sind. Und aus pädagogischer Sicht erzeugen sie überbehütete, wenig selbständige Kinder unter Dauerkontrolle.



forum kriminal- prävention



www.forum-kriminalpraevention.de

Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps
Neues aus der Wissenschaft
Gewalt an Schulen
Jugenddelinquenz
Erziehung und Pädagogik
Kommunale Prävention
Einbruchsprävention
Sicherheitstechnik
Prävention in Europa
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser

informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf www.vdpolizei.de (auch online-Bestellungen)

Name, Vorname Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer PLZ, Ort

Telefon/Telefax E-Mail

Datum, Ort 1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort 2. Unterschrift



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a · 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-188 · Telefax 0211 7104-4188
www.VDPolizei.de

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalender-jahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.



Antrittsbesuch

Bei einem Antrittsbesuch einer Delegation von GdP-Spitzenfunktionären beim neuen Direktionspräsidenten der Bundesbereitschaftspolizei, Uwe Sieber, Anfang Januar im hessischen

Fulda stand die Zusammenarbeit der Bundesbereitschaftspolizei mit den geschlossenen Einheiten der Länder im Fokus der Gespräche. GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, der die Gruppe der Gewerkschafter anführte, erkundigte sich zudem nach der generellen Personalsituation in der Bundesbereitschaftspolizei. Breiten

Raum hatten weiterhin neue Dokumentationsmöglichkeiten von Straftaten bei Versammlungslagen vor dem Hintergrund einer G20-Nachbetrachtung eingenommen. Sieber hatte Mitte 2017 die Nachfolge des langjährigen Präsidenten der Direktion Bundesbereitschaftspolizei, Friedrich Eichele, angetreten.

mzo



(v.l.) Sandra Seidel (Gleichstellungsbeauftragte Direktion Bundesbereitschaftspolizei, BPolD BP), Wolfgang Gieck (Vorsitzender Gesamtpersonalrat BPolD BP), Clemens Murr (GdP, im GBV für die Bereitschaftspolizei zuständig), Heinz Selzner (Direktionsgruppen-Vorsitzender für die Bundesbereitschaftspolizei), Jörg Radek (Vorsitzender GdP-Bundespolizei), Oliver Malchow (GdP-Bundesvorsitzender), Uwe Sieber (Präsident BPolD BP), Andreas Fante (Leiter Stabsbereich 3 BPolD BP), Wolfgang Schäfer (Leiter Stabsbereich 1 BPolD BP), Clemens Breidenbach (Leiter Stabsbereich 2 BPolD BP), Petra Scholze (Leiterin Stabsstelle Innenrevision BPolD BP), Judith Tölle (Leiterin Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit BPolD BP) und Klaus Nürnberger (Vertrauensperson der Gesamtschwerbehindertenvertretung BPolD BP).

Foto: Tassilo Musch

Kapitalmarkt

Beamtendarlehen 10.000 €-120.000 €
Vorteilszins für den öffentl. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €



www.Autokredit.center



Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mit. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtragung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsicherung.

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen
Forwarddarlehen, Ratenkredite
Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:
IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 0231/9 145145

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332
Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Das Präventionsportal

KREDIT bis € 80.000,-
PECUNIA GmbH seit 1980
ohne Auskunft bis € 15.000 – keine Bearbeitungsgebühr – Laufzeit bis 10 Jahre – auf Wunsch keine Restschuldsicherung – Bis zum 95. Lebensjahr
Tel. 0201/22 13 48
45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

www.Polizeifeste.de
Alle Polizeifeste auf einen Blick



die großzügigen Steuergeschenke der Politik an die Wirtschaft nicht in Spekulationsblasen an der Börse versickern oder in die Ferrari-Flotte Einzelner investiert würde, sondern bereits davor den Menschen wieder ein Einkommen sichern würden, das sie dazu befähigt, genügend Mittel in die Sozialsysteme einzuzahlen.

Warum eine illegale Einreise aufgrund der derzeitigen Regelungen „zwangsläufig“, also quasi einem Naturgesetz gleich, „passiert“, also der illegal Einreisende seinem Handeln sozusagen machtlos gegenübersteht, obwohl er gerade durch sein Handeln verdeutlicht, dass er a) weiß, dass er falsch handelt und b) es trotzdem tut, wird sich ein Großteil der Leserschaft, die aus Grenzschützern, Zöllnern unter anderen besteht, verwundert fragen.

Peter Decke, Görlitz



Habe mir gerade Zeit genommen für den exzellenten Artikel – endlich mal eine fundierte und sachliche Analyse. Nicht nur jedem Mitarbeiter – auch Entscheidungsträgern auf allen Ebenen – empfohlen. Weiter so!

Robert Keller, Preetz



Der Beitrag von Herrn Hüber kann nicht unwidersprochen bleiben. Ich halte es schon für gewagt, in unserer schnelllebigen, digitalisierten Welt bis 2030 eine Prognose abzugeben, bis 2050 für unmöglich. Die Industrie bemüht sich, auf allen Gebieten Roboter einsetzbar zu machen, automatisierte Fahrzeuge zu konstruieren, Verwaltungen zusammenzulegen, um Mitarbeiter freizusetzen. Selbst die Polizei wird eines Tages weniger Verkehrsunfälle bearbeiten müssen, da die Kraftfahrzeughersteller eine Software einbauen, die alle Bewegungen des Fahrzeugs aufzeichnen und auf die dann auch die Versicherungen zugreifen können. Viele lassen schon jetzt ihre Körperfunktionen durch Geräte aufzeichnen und an die Ärzte weiterleiten. Vielleicht steht künftig auch dem Verbrecher schon auf der

Stirn geschrieben, was er vorhat. Die Vorstellung des Autors widerspricht auch der Forderung der IG Metall, die eine 28-Stunden-Woche einführen will. Als Hochlohnland werden wir es auch immer schwer haben, gegen die Billigkonkurrenz aus Fernost zu bestehen. Im Übrigen bauen die Firmen vermehrt Mitarbeiter ab.

Ich kann auch das Gerede von der dringenden Bevölkerungsvermehrung nicht mehr hören! Es ist meines Erachtens eine Forderung der Wirtschaft, um möglichst eine große Auswahl für niedrige Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten, um die Löhne drücken zu können. Sprachliche, kulturelle und zivilisatorische Unterschiede sind nicht leicht zu überbrücken.

Die Sorge, dass der Nachwuchs die Renten und Versicherungskosten nicht aufbringen kann, teile ich nicht, denn sie können durch Steuermittel ausgeglichen werden, zum Beispiel durch eine Maschinensteuer. Bei 2,3 Millionen Beschäftigungslosen, den Umschülern und in anderen initiativen Beschäftigten brauchen wir keine zusätzlichen unausgebildeten Kräfte. Die 1,1 Millionen offenen Stellen müssen erst analysiert werden, ob bestimmte Berufe überhaupt eine Zukunft haben. Viele Arbeitslose müssen erst wieder an Arbeit gewöhnt oder schulisch so ausgebildet werden, dass sie den Anforderungen genügen. Zunächst muss es darum gehen, Arbeitsplätze zu sichern und die Löhne in einigen Bereichen so zu erhöhen, dass die Menschen davon leben können, gerade in den Sozialberufen und für Frauen!

Harry Zeuner, Mainz



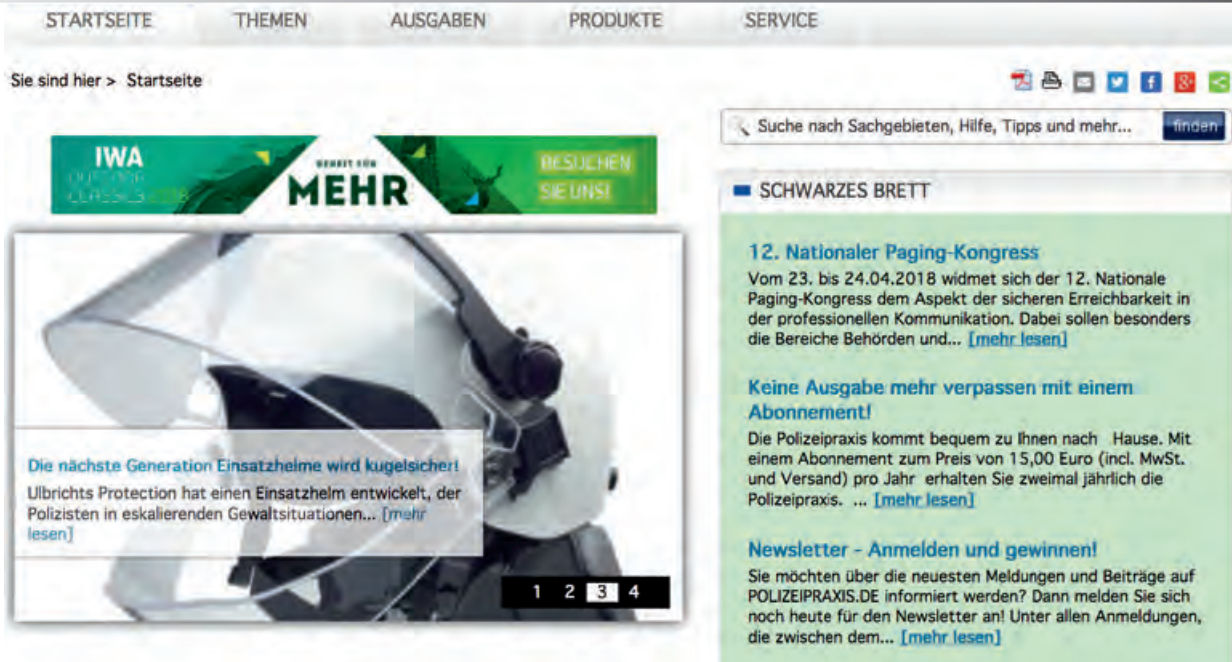
Ich habe den Artikel gelesen und mit jedem Absatz mehr mit dem Kopf geschüttelt. Das, was im Moment durch unsere Politik gemacht wird, passt doch hinten und vorn nicht mit der Realität zusammen. Es ist richtig, wir brauchen Arbeitskräfte. Wäre es da nicht erst einmal Zeit an unsere Jugendlichen und Arbeitslosen zu denken, damit die sich eine Zukunft aufbauen können. Die Menschen, die zu uns kommen, müssen zum größten Teil erst einmal die deutsche Sprache lernen und sich

darin gewöhnen, dass man einen bestimmten Tagesablauf einhalten muss, um regelmäßig arbeiten zu gehen, was ja Voraussetzung dafür ist, um in einem Industrieland Fuß fassen zu können. Unsere Jugendlichen kennen diese Voraussetzungen und ein großer Teil von ihnen ist auch bereit dazu. Jetzt würden einige sagen, die ist gegen Ausländer und Asylanten. Das ist nicht richtig. Ich bin dagegen, dass wir alle ausgenutzt und missbraucht werden und dass unser Wille zur Hilfe verspottet wird. Wer tatsächlich Hilfe braucht, soll sie bekommen.

Dann verlange ich aber auch, dass er uns und unsere Gegebenheiten und Sitten achtet und sich nicht aufführt, als wäre es für uns eine Ehre, dass er sich hier her bemüht hat. Wir wissen alle, zu wessen Lasten die so gepriesene Hilfsbereitschaft geht – zu Lasten unserer Rentner und eigenen Hilfsbedürftigen. Es kann nicht sein, dass ein Mensch, der 40 Jahre und länger gearbeitet hat und seine Familie und den Staat aufgebaut hat, letztendlich zum Sozialfall wird. Und dass dieser Mensch, der möglicher Weise seine Gesundheit aufs Spiel gesetzt hat, mit den Menschen gleich gesetzt wird, die sich bei uns regelrecht eingeknistet haben. Die ohne Personalpapiere illegal eingereist sind, behaupten, dass sie im eigenen Land flüchten mussten, weil sie verfolgt würden und die sich teilweise fordernd, ignorierend und hochnäsiger über alles hinweg setzen, was unseren Staat ausmacht. Bei denen sich letztendlich herausstellt, dass sie uns belogen und betrogen haben und sie nur im Land bleiben, weil plötzlich keiner mehr weiß, wo der Mensch her kommt, wo er hingehört oder sein eigenes Land ihn nur unter Bedingungen zurückkommen lässt, die auch noch wir im wahrsten Sinne des Wortes bezahlen müssen. Es darf nicht sein, dass sich Mörder und Diebe frei in unserem Land bewegen können. Weil ihre Straftaten hier nicht bekannt geworden sind und unsere Verwaltung nicht in der Lage ist, ein einheitliches bundesweites Register zu schaffen, in dem alle Asylsuchenden erfasst werden und in dem jedes Bundesland sehen kann – halt, der hat in Sachsen, NRW oder Brandenburg – meist sogar in mehreren Bundesländern gleichzeitig unter falschen Personalien – seinen Asylantrag gestellt und Leistungen bezogen. Es dauert viel zu lange, bis irgendwo



POLIZEI PRAXIS



Mit dem Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an.

Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!



*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.



WWW.POLIZEIPRAXIS.de

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.02. - 28.02.2018 erfolgen, verlosen wir **fünf POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONSTÜCHER!**

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

und irgendwann sämtliche Daten erfasst und zusammengeführt werden. Noch länger dauert es dann, wenn die Person rein zufällig verschwunden ist. Wer dann glaubt, dass sie nach Hause gelaufen ist, der träumt tatsächlich. Wenn wir, die Politik und die Polizei, in der Lage wären, die Kontrollen in den Großstädten und Bundesländern so durchzuführen, dass wir wissen, wo sich wer aufhält, hätten wir für die nächsten 100 Jahre genügend Arbeit. Da dürfte aber auch nichts mehr dazu kommen.

Unsere Asylpolitik ist uns schon so arg auf die Füße gefallen, dass unsere Politiker vor den Tatsachen nur noch die Augen verschließen und ihre eigene Bevölkerung belügen können. Warum fordert man die ganzen jungen und kräftigen Männer nicht auf, in ihren Ländern Ordnung zu schaffen und mit ihren Familien nach ihren Sitten und Gebräuchen leben zu können? Hat hier unsere Asylindustrie das Sagen? Die verdienten Milliarden daran, dass es Not und Elend auf der Welt gibt.

Wir verschenken Millionen und Milliarden in die Länder, in denen unsere Industrie irgendwie Fuß fassen will, um ihren Gewinn zu vergrößern. Davon haben unsere Menschen aber nichts. Im Gegenteil. Unsere Alten müssen Steuern zahlen und die Reichen sehen zu, wie sie drum herum kommen. Zur Krönung des Ganzen sind wir alle gezwungen, die Allüren von Menschen zu dulden, die auf unser Kosten leben und uns verachten. Ich möchte nochmals ausdrücklich betonen, wer Hilfe braucht, der soll sie bekommen. Aber wer uns belügt und betrügt, weil es ja so bequem ist, für den habe ich weder Verständnis noch Hilfe.

Vera Seifert, Niesky

Anmerkungen des Autors der DP-Titelgeschichte 11/17

„Veröffentlichungen im Bereich Migration ziehen generell – und gerade ganz besonders – viele emotionale Reaktionen mit sich. Der Umgang damit ist nicht immer leicht.“ Dieser Hinweis des Project Managers des Programms „Integration und Bildung“ der Bertelsmann Stiftung fiel mir bei den auf meine November-Titelgeschichte einge-

gangenen kritischen Leserbriefen, aber auch bei den vielen freundlichen Rückmeldungen aus dem Kollegenkreis ein. Fakten bleiben Fakten. Deutschland ist ein Einwanderungsland geworden, mit allen daraus resultierenden Anforderungen, auch des kulturellen Wandels und der weniger angenehmen Begleitumstände, die polizeirelevant sind.

Die Einwanderung wird zunehmen, weil sie zunehmen muss. Der Anspruch an die Politik lautet: Wir müssen um unser selbst willen schneller, besser und gesteuerter integrieren, nicht länger ausgrenzen. Unser Land wird – auch nach Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) – trotz des wachsenden Anteils an Frauen im Erwerbsleben und steigenden Anteils der 15- bis 74-jährigen im Arbeitsprozess auf derzeit 69,1 Prozent – weiterhin kräftige Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten benötigen, um das Erwerbspotenzial konstant zu halten. Das ist auch zur Finanzierung des Sozialversicherungssystems notwendig.

Der grundsätzliche demografische Trend wird durch die jüngste Zuwanderung 2015 bis 2017 nicht gebrochen. Ein Hoffen auf Zuzug aus EU-Staaten ist trügerisch: Analysiert man die Lage in den EU-Ländern, aus denen die meisten Menschen hier her kommen, dann zeigt sich, dass dort die Demografie ähnlich schlecht aussieht wie hierzulande. Schon deshalb ist längerfristig ein starker Rückgang von Zuzügen aus diesen EU-Ländern zu erwarten. Kurzfristig spielt auch die wirtschaftliche Lage eine Rolle: Erholen sich Länder wie Griechenland oder Spanien, werden die Inner-EU-Zuwanderungen sinken – erste Anzeichen sind in der Statistik zu erkennen.

Unklar sind jedoch die Konsequenzen des sogenannten Brexit. Je nach Ausgestaltung wird dieser die EU-weiten Zuwanderungsströme umlenken. Andererseits leidet Deutschland unter seiner längst überholten Abschottungspolitik gegen „Wirtschaftsflüchtlinge“: Nur wenige Prozent der Migranten aus Drittstaaten durften bisher regulär einreisen, um Arbeit aufzunehmen und wurden stattdessen vielfach in das dafür nicht geeignete Asylverfahren gedrängt. Eine aktive Zuwanderungspolitik für Arbeitsmigration (und keinesfalls nur von fertigen Fachkräften) ist deshalb überfällig.

Ansonsten muss man sich auf weniger potenzielle Arbeitskräfte einstellen, die dann stärker für die Steuern und Sozialabgaben aufkommen müssen.

Der Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung stellt zu Recht fest, dass jedes Jahr 400.000 Personen mehr nach Deutschland ein- als auswandern müssten. „Die anerkannten Asylbewerber, die im Rahmen der hohen Flüchtlingsmigration in den vergangenen Jahren ins Land gekommen sind, könnten die zunehmend entstehenden Lücken bei der Besetzung von offenen Stellen somit selbst dann bei Weitem nicht schließen, wenn ihre Integration sehr erfolgreich voranschreiten sollte.“ Gerade wegen des Einwanderungsbedarfs von Arbeitsmigranten sollte Paragraph 10 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes abgeschafft und abgelehnten Asylbewerbern und ihren Kindern endlich ermöglicht werden, einer Aufenthaltsgenehmigung für Berufsausbildung, Studium und Vorbereitung darauf und für eine Arbeitsaufnahme zu erhalten, statt selbst bestens Integrierte und ihre Kinder mit Polizeibegleitung aus dem Land zu werfen. SPD, FDP, Linke und Grüne unterstützen diesen „Spurwechsel“ – der Autor des Artikels ausdrücklich auch.

Sven Hüber

Hinweis der Redaktion:

Kollege Sven Hüber ist stellvertretender Vorsitzender der GdP Bundespolizei und Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Beamten- und Besoldungsrecht.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de



**SCHLIESS AB!
SICHER IST SICHER**



www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

POLIZEI
DEIN PARTNER

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal

JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps
hierzu auf dem [Präventionsportal](#)
der Gewerkschaft der Polizei

In Krimis sind Chemie und Biologie oft nur Lametta

Er hat sich ein neues Tattoo stechen lassen, aus leidenschaftlicher Verbindung zu Thüringen und zu Weimar. Das dortige Stadtwappen sollte es sein. Der Löwe inmitten der Herzen jedoch musste einer Made weichen. Er hat sich dem klinischen Vampirismus verschrieben und erforscht zudem das Entenhausener Universum der Familie Duck. Die „größten Misserfolge“ seiner Schlager-Punkband hat er auf eine CD prägen lassen und als Bestandteil des DJ-Dreigestirns „Chaos Team“ sind Auftritte unterhalb von „exzentrisch“ eher nicht zu erwarten. Seit 17 Jahren wird jeden Samstag Dr. Mark Benecke den Hörern des rbb-Radioeins-Magazins „Die Profis“ als bekanntester Kriminalbiologe der Welt vorgestellt. Kein Wunder, denn der 47-jährige Kölner Wissenschaftler absolvierte weltweit diverse fachspezifische Ausbildungen. DEUTSCHE POLIZEI (DP) sprach mit Deutschlands einzigem öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen für biologische Spuren und frisch gekürten Ehrenmitglied der GdP Thüringen.

DEUTSCHE POLIZEI (DP): Dr. Benecke, und wir dürfen jetzt erfreulicherweise Kollege Benecke sagen, jüngst war zu lesen, dass die Insektenvielfalt offenbar stark abnimmt. Setzt sich diese Entwicklung fort, wird dann die kriminalbiologische Untersuchung ungeklärter Todesfälle schwieriger?

Dr. Mark Benecke: Ja, wird sie. Abgesehen davon, dass uns dadurch auch die gesamten Lebensnetze zusammenbrechen und wir dann nix mehr zu essen haben. Allerdings: Ohne Menschen gibt's auch keine Verbrechen mehr.

Vor dreizehn Jahren ist das Insektenproblem erstmals aufgefallen. Da starben uns im Sommer die Schmeißfliegen weg, deren Larven wir als kleine Uhren zur Leichenliegezeit-Bestimmung verwenden.

DP: Und das war bis vor kurzem noch ganz anders?

Benecke: Ja, heute staunen wir, wenn wir uns alte Fälle ansehen: Was da alles an Insekten, Spinnentieren, Asseln, Schnecken und Krabblern aller Art an den Leichen war.

DP: Ist Deutschland überhaupt gut aufgestellt, wenn es um die forensischen Wissenschaften geht? Und finden hervorragend qualifizierte Wissenschaftler den öffentlichen Dienst überhaupt attraktiv genug?

Benecke: Der öffentliche Dienst ist superattraktiv – wenn ein Mensch gern lange Linien im Leben hat. Alle, aber auch wirklich alle meiner Studierenden würden sich vor Freude einen Arm ausreißen, wenn sie verbeamtet

weil es keine Stellen für wissenschaftliche Akademiker gab, nachdem eine Umstellung auf „nur Polizei bei der Polizei“ erfolgt war. Ich habe daraufhin gesagt, dass sie mich halt einfach als technischer Angestellter oder Regierungsangestellter einstellen sollen. Das war aber verboten: zu niedrige Einstufung – obwohl mir diese völlig egal war und ist.

Zum Standort: Abgesehen von den Stellen sind viele Deutsche von Herzen Tüftler, und alle meine forensischen Lieblingsgeräte wie Mikroskope, Kamera oder Tatort-Lampe stammen daher aus deutscher Herstellung. Ich mag



Nein, keine Unterrichtsstunde in Hogwarts: „Die Schaben sind, man mag es kaum glauben, recht ‚niedlich‘. Aber das liegt wohl an der Größe. Kleiner wären sie vielleicht schon wieder eklig. Aber die Beinchen sind relativ weich und der Panzer eben hart“, berichtete Jana Henschel, thüringische GdP-Landesjugendvorsitzende, beim Treffen mit Dr. Mark Benecke vor seinem Auftritt in Erfurt.
Foto: Marcus Scheidel

würden und so ihr Leben gut planen könnten. Auch kauzigere Forscherinnen und Forscher können sich in einem staatlich-kriminalistischen Labor wohlfühlen – wenn sie dort keine oder zumindest nur wenige Menschen um sich haben und diese nicht auch noch „führen“ müssen.

Es ist eher so, dass es nicht so viele Stellen gibt. Bei mir war es beispielsweise so, dass ich bei der Kölner Polizei nach meiner USA-Rückkehr nur deshalb nicht angestellt werden konnte,

diese Geräte, weil sie grundstabil sind, oft ohne Schnickschnack auskommen und natürlich auch leichter repariert und gewartet werden können. So gesehen sind wir in Deutschland also besser aufgestellt als viele andere Länder, in denen ich aber natürlich auch gern arbeite.

Übrigens: Manche Firmen haben mich sogar die Kosten für Geräte abstottern lassen, oder es war angeblich etwas „darauf gefallen“ und der Gerätefuß hatte dann eine „Delle“,



so dass wir uns das Teil erst leisten konnten.

DP: Aber es geht doch nicht nur um Verbeamtenungen oder tolle Geräte?

Benecke: Mir selbst geht es nicht um die Attraktivität des Arbeitgebers. Entscheidend ist, ob ich mit Einsatz, Zusammenarbeit und Energie in einem Fall weiter komme. Das geht oft nicht leicht und schnell, aber eine Eiche wächst halt auch sehr langsam, ist dann später aber besonders stabil.

Meine Frau und ich haben ein Mini-Zimmer im Labor, in dem wir schlafen, keine Wohnung. Die Studierenden sind bei den Kursen dauernd um uns herum, die Akten auch. Mir macht das Spaß so – mit kurzen Wegen und schnellen Entscheidungen. Das ist nicht für jeden etwas, und die Studie-

scheiden. Ein bisschen Neugier wäre natürlich super. Das Vernichten ist ja weniger das Problem. Mit jedem Schritt am Tatort vernichten wir ja irgendetwas. Hilfreich ist es, wenn alles gut fotografisch dokumentiert ist, siehe Tatort-Kärtchen, und man zumindest mal über das spricht, was vorhanden ist, zum Beispiel etwa Insekten, oder was da sein müsste, aber fehlt, wie womöglich Blut. Und die Geräte müssen wirklich richtig porentief sauber sein.

DP: In der US-amerikanischen Crime-Serie „Bones“ glänzt die Filmfigur Dr. Jack Hodgins bei der wissenschaftlichen Analyse von Todeszeitpunkten und -ursachen gelegentlich mit breiten Insekten-Kenntnissen. Vielleicht kennen Sie diese durchaus erfolgreiche TV-Serie? Wie macht sich Ihr Filmkollege denn so?

Wenn aber nur im Westen ein Fenster ist und das Licht von da kommt, kriechen sie nach Westen – und wenn es feucht ist, auch schon mal die Wand hoch. Wirklich! Wie es bei der Polizei richtig heißt: Es ist eine Einzelfall-Entscheidung.

Aber, für die meisten wäre es doch viel zu langweilig, wenn in Krimis ernsthaft über Luftfeuchte, Mikroklima, Isomegalen-Diagramme und genetische Unterschiede zwischen Fliegenarten gesprochen würde, oder?

DP: Vielleicht wäre es mit einem entsprechenden Darsteller einen Versuch wert. Würden Sie denn zur Verfügung stehen?

Benecke: Klar, habe ich aus Spaß früher schon öfter in Nachmittags-Serien gemacht. Aber Fernsehen ist sehr



Kriminalbiologe Dr. Mark Benecke (l.) erhielt Anfang 2018 in Erfurt seine offizielle GdP-Ehrenmitgliedsurkunde. Überreicht wurde das Dokument von Thüringens JUNGE-GRUPPE-Chefin Jana Henschel und ihrem Stellvertreter Johannes Schwarz. Foto: Marcus Scheidel

renden wollen früher oder später auch nicht so leben. An Versprechungen, alles auf einem Silberteller serviert zu bekommen, kann ich mich nicht erinnern. Wir sind ein strukturreiches Land, und mit genügend Schwung sowie Desinteresse an Geld, Macht und Wortgeklingel lässt sich meiner Meinung nach in Deutschland gut arbeiten.

DP: Wie viel kriminalbiologisches Grundwissen sollte eine Polizeibeamtin oder ein Polizeibeamter besitzen, um an einem vermeintlichen Tatort nicht womöglich wertvolles Beweismaterial zu vernichten?

Benecke: Ach, das will ich nicht ent-

Benecke: Ich habe die Serie noch nie gesehen, übrigens auch keinen „Tatort“ oder ähnliches. Öfters helfe ich mal Drehbuchautorinnen und -autoren, aber in Spielfilmen und Krimis geht es am Ende des Tages nur um eine spannende Geschichte, nicht um wissenschaftliche Daten. Chemie und Biologie sind da eher Lametta.

DP: Was wollen die Autoren so von Ihnen wissen?

Benecke: Seit Jahren werde ich beispielsweise gefragt, ob Maden nach Norden kriechen, weil das in irgendeinem Krimi steht. Ja, manchmal tun sie das: Wenn es im Süden (Sonne) sehr hell ist, dann kriechen sie davon fort.

flitterig. Ich mag's lieber dauerhafter. Und Drehbuch-Texte kann ich mir auch nicht gut merken, wenn sie unlogisch sind – und das sind sie meist, unabhängig von den Darstellerinnen und Darstellern.

DP: Trotzdem noch eine Frage zu solchen Serien oder Filmen: Viele Menschen ekeln sich vor Leichen, Eingeweiden und erst recht, wenn sich auch noch Maden oder so im verwesenden Fleisch breit gemacht haben. Bereiten diese Zutaten dem Zuschauer nur den wahren Gruseleffekt oder hat eine filmische Darstellung sogar einen didaktischen Charakter?

Benecke: Das weiß ich nicht so genau. Die Larven im neuen „Blade Runner



2049“ werden ja sogar als Nahrungs-Eiweißquelle genutzt, und sie leben auch nicht auf Leichen. Ansonsten sehe ich in Filmen recht wenig Fäulnis. In der Eingangs-Szene von „Die Purpurnen Flüsse 2“ kommen viele lustige Insekten auf einer Leiche vor – ziemlich kunterbunt: was die Requisite gerade kriegen konnte. Ich tippe also eher auf Grusel-Effekte und weniger auf Didaktik.

DP: Haben Sie eigentlich ein Lieblingsinsekt?

Benecke: Im Berliner Naturkundemuseum bin ich Pate der Markusmücke oder Märzfliege Bibio marci. Sie ist schön schwarz, das gefällt mir. Und, ich habe sie zum ersten Mal auf einem uralten Friedhof gesehen, was mir ebenso gefällt. Rotbeinige Schinkenkäfer mag ich auch. Sie waren die ersten Insekten, die ich von einer Leiche – einer etwa drei Monate alten Bahnleiche – 1992 gezüchtet habe. Bei den Mumien von Palermo in einem alten Klosterkeller voller vertrockneter Leichen habe ich den Rotbeinigen Schinkenkäfer zwanzig Jahre später in Form uralter Bruchstücke wieder getroffen. Aber Insekten interessieren sich für menschliche Gefühle, also auch meine, eh nicht. Es ist eine ziemlich einseitige Zuneigung.

DP: Okay, und die Nummer 1?

Benecke: Ach, eigentlich mag ich ja alle Insekten, denn sie sind großartige, teils uralte Konstruktionen. Wir leben auf dem Planeten der Gliedertiere, zu denen neben Milben, Spinnen, Hundertfüßlern und Asseln auch die Insekten gehören. Das sollten wir nicht vergessen. Aber meine Haustiere, die Fauch-Schaben, die habe ich natürlich besonders lieb. Im Labor muss ich immer aufpassen, dass die Damen ihnen nicht zu viele Leckereien zustecken.

DP: Was glauben Sie, warum so viele Menschen zu Ihren Auftritten kommen? Liegt es nur an den teils absonderlichen Themen oder eher an diesem ungewöhnlichen Typen, den Interessierte mal leibhaftig erleben wollen?

Benecke: Das habe ich mich auch schon manchmal gefragt. Mittlerweile denke ich, dass die meisten Menschen anderswo nicht offen und ruhig sowie gerade und ehrlich etwas über begrabene Leichen, Fäulnis, rätselhaften Entflammungen und Morde in geschlossenen Räumen erfahren können. Es ist wohl kindliche Neugier gepaart mit Aufklärungswillen und natürlich Spaß

an Rätseln – auf beiden Seiten, bei den Zuhörerinnen, den Zuhörern und mir.

DP: Man könnte Sie sicherlich als Tattoo-Lobbyisten bezeichnen, oder? Welche Frage oder Fragen sollte man für sich abgehakt haben, bevor es sozusagen hauteng wird? Und: Muss man einen Polizisten mit einer offen sichtbaren Tätowierung in dieser aufgeklärten Gesellschaft tatsächlich noch dienstrechtlich thematisieren?

Benecke: Mit Dienstrecht kenne ich mich nicht aus, aber dafür mit Menschlichkeit im Dienst. Da ein Drittel der 25- bis 35-Jährigen tätowiert ist, sollten wir lieber darüber reden, welche Tattoos gehen und welche nicht. Immerhin wurde jüngst nach jahrelangen Prozessen entschieden, dass Nazi-Tattoos nicht gehen.

Dass – wie in Hessen – jedoch eine Bewerberin abgelehnt wird, weil sie ein Zitat aus dem „Kleinen Prinzen“ auf dem Arm trägt, finde ich superpeinlich. Oder auch, dass in Baden-Württemberg ein Polizeilehrer heute noch manchen Bullshit lehren darf, der bereits vor 110 Jahren in der Fachliteratur, dem heutigen „Archiv für Kriminologie“, widerlegt wurde. Darunter die angebliche kriminelle Bedeutung von Rosen als Tätowierungen und dergleichen. Nein, das ist superpeinlich.

DP: Wir haben gehört, dass Sie sich schon des Öfteren über Polizeibeamte beziehungsweise polizeilichen Maßnahmen geärgert haben. Jetzt ist die Gelegenheit, mal richtig Luft abzulassen ...

Benecke: Der Zug aus Amsterdam hätte nicht wegen mir angehalten werden müssen, nur weil auffallend junge Kolleginnen und Kollegen davon überzeugt waren, dass ich Drogen transportiere. Ein Suchhund hätte in Sekunden zur Wahrheit und Klärung geführt. Und meine Entkleidung vor den Augen der anderen Passagiere mit danach echt tolldreistem Abgang war nicht cool. Wie ich nach weiteren Festnahmen in München und in Cottbus mitten auf dem mit Pendlerinnen und Pendlern voll besetzten Bahnsteig – sogar in Handfesseln – gelernt habe: „Der Einsatzgrund ist nie zu hinterfragen.“ Wenn das so ist, dann ist es halt so. Ein Grund mehr, miteinander zu arbeiten, zu lernen und zu reden, denn sich ärgern bringt keinen weiter.

DP: Dr. Benecke, vielen Dank für das Gespräch. Die Fragen stellte Michael Zielasko.

Offenes Motorradtreffen für nicht organisierte Biker aus Polizei, Zoll, Justiz und deren Angehörigen

Wer seinen heißen Ofen mal wieder in der Gruppe so richtig ausfahren möchte, ist vom 27. bis 29. Juli in Uslar-Fürstenhagen bei Göttingen zu einem offenen Motorradtreffen in Zusammenarbeit mit den „Blue Knights“ (motorradfahrende Vollzugsbeamte) und der International Police Association (IPA) herzlich eingeladen.

Auf dem Programm stehen Ausfahrten in die nähere und weitere Umgebung (Harz, Sauerland, Köterberg, Meissner, Weserbergland) sowie Benzingespräche in gemütlicher Atmosphäre. Tourenpläne werden vor Ort ausgehängt.

Eisenross-Reiter können in Einzel- und Doppelzimmern (mit Halbpension) im Langasthof zur Linde in Uslar-Fürstenhagen vom Kilometer sammeln ausruhen.

Eventuell anfallende Gewinne sollen als Geldspende dem Kinderheim in Reinhardshagen zu Gute kommen.

Weitere Informationen sind unter der E-Mail-Adresse detlefschoene@freenet.de oder per Telefon: 0160-6654514 abzufragen. Anmeldeschluss ist der 15. April.

Detlef Schöne

Sammlerbörsen für Uniformteile in Berlin

Am Sonntag, den 18. März, im Polizeigästehaus Berlin und am Sonntag, den 7. Oktober, in der Dr. Herrmann Betriebsfeuerwehr finden wieder die jährlichen Sammlerbörsen für Uniformteile der Feuerwehr und Polizei in der Bundeshauptstadt statt.

Beginn ist jeweils um 9 Uhr. Der Eintritt ist frei. Der Erlös aus den Standmieten wird – wie immer zu 100 Prozent – gespendet.

Nähere Informationen unter g.a.skala@t-online.de.

A. Skala



Kongressvorbereitungen werden umfangreicher

Zehn Monate vor dem Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Ende November in Berlin nehmen die vorbereitenden Arbeiten an Umfang zu. Bereits im November 2016 hatten der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) und der Bundesvorstand (BV) den Beschluss gefasst, dass die Veranstaltung erneut im Neuköllner Hotel Estrel stattfinden wird. Vor einem Jahr wurde das Kongress-Motto „Leben in Sicherheit“ festgelegt. Im Juli vergangenen Jahres beschlossen



die zuständigen Gremien das Logo des alle vier Jahre stattfindenden obersten Organs der GdP.

Ende Januar endete nunmehr die Meldefrist für Gastdelegierte der Lan-

desbezirke und Bezirke. In der BV-Sitzung Mitte Februar in Fulda geht es unter anderem um den vorläufigen Zeitplan für die Kongresstage, mögliche Ehrengäste und Gäste sowie die Themen des BV, die in Anträgen zum Bundeskongress einfließen sollen.

Zum 31. März müssen dann die einzelnen Abteilungen der Bundesgeschäftsstelle ihre Zulieferungen für den Geschäftsbericht bei der Geschäftsführerin abgegeben haben.

wsd



Das Waffenrecht im Polizeidienst

Das Waffenrecht ist als Teil des öffentlichen Rechts Gegenstand der polizeilichen Ausbildung. Die dadurch erworbenen Kenntnisse bereiten die Anwärterinnen und Anwärter auf die im Einsatzgeschehen auftretenden Situationen vor, in denen waffenrechtliche Erlaubnisse zu überprüfen sind oder die Einhaltung von Vorgaben des Waffengesetzes, beispielsweise zur Aufbewahrung oder zum Transport von Schusswaffen und Munition.

Eine Beschränkung auf praxisnahe Themen ermöglicht einen schnellen und nachhaltigen Lernerfolg. Durch eine verständliche Einführung in das Waffenrecht und die Herausarbeitung von thematischen Schwerpunkten erlangen seine Leserinnen und Leser Sicherheit in der Anwendung der gesetzlichen Vorschriften. Das Buch behandelt neben den erforderlichen Grundlagen wie dem Waffenbegriff und den waffenrechtlichen Erlaubnissen ausführlich die polizeilichen Kontrollbefugnisse. Mehrere Fallbeispiele mit Lösungsskizzen dienen zur Überprüfung des Lernerfolges und der

Vorbereitung auf Aufgabenstellungen im Rahmen der Prüfungen. Die Autoren haben eine langjährige Praxis in der Aus- und Fortbildung. Neben einer umfangreichen Lehrtätigkeit im behördlichen Bereich geben sie ihr Wissen im Rahmen von Vorträgen und Schulungen an Jäger, Waffensammler und Sportschützen sowie Mitarbeiter und Unternehmer im Bewachungsgewerbe weiter.

Das Waffenrecht im Polizeidienst, André Busche, Olaf Weddern, Juristischer Fachverlag Kiel, 330 Seiten, 24,80 Euro, ISBN: 978-3940723291



Nr. 2 • 67. Jahrgang 2018 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/ Pressestelle

Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdpolizei.de

Geschäftsführer: Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin: Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40 vom 1. Januar 2018.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirksteils in der Mitte des Heftes.



Druckauflage dieser Ausgabe: 186.561 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG, DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern, Postfach 1452, 47594 Geldern, Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

Titel
Foto: Omer Messinger/dpa

Gestaltung: Rembert Stolzenfeld



DIE WEITE WELT ENTDECKEN

Rucksack „Step L“

Geräumiges Hauptfach mit 2-Wege-Reißverschluss und Einsteckfach innen, seitliche Zurrgurte, Reißverschluss-Vortasche mit zwei Einsteckfächern, Reflektor-Streifen vorne, seitliche Netzfächer, Kopfhörerausgang, gepolsterte Schultergurte mit höhenverstellbarem, dehnbarem Brustgurt, gepolsterter Rücken. Nylon 420d & Ripstop. 34 x 49 x 18,5 cm.

126501 maigrün

126502 marine

126503 cyan

126504 schwarz

☀ 17,20 € 21,75 €



HALFAR

PVC-FREI

Sport-/Reisetasche „Step“

Geräumiges Reißverschluss-Hauptfach mit Organizer-Funktion und festem Einlegeboden, Reißverschluss-Vortasche mit Reflektorelement, seitliche Netzfächer, rückseitiges Schuhfach, Handgriffe mit gepolsterter Griffmanschette, abnehmbarer, längenverstellbarer Schultergurt.

Nylon 420d & Ripstop.

48 x 33 x 22 cm.

125501 maigrün

125502 marine

125503 cyan

125504 schwarz

☀ 18,95 € 23,70 €



Rucksack „Step M“

Geräumiges Hauptfach mit 2-Wege-Reißverschluss und Einsteckfach innen, seitliche Zurrgurte, Reißverschluss-Vortasche mit zwei Einsteckfächern, Reflektor-Streifen vorne, seitliche Netzfächer, Kopfhörerausgang, gepolsterte Schultergurte mit höhenverstellbarem, dehnbarem Brustgurt, gepolsterter Rücken.

Nylon 420d & Ripstop.

30 x 42 x 14 cm.

124501 maigrün

124502 marine

124503 cyan

124504 schwarz

☀ 14,20 € 17,75 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden

Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165

osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Bestellungen unter 100,- €
zzgl. 4,50 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de

Sicherheit beim Einkauf.

Zehntausende Menschen kommen täglich in unsere bundesweit gelegenen Einkaufs-Zentren, um dort einzukaufen. Sie sollen ihren Aufenthalt genießen und sich wohl und sicher fühlen.

Da ist es beruhigend zu wissen, dass in jeder Stadt auf hilfsbereite Polizistinnen und Polizisten Verlass ist, die uns im Falle eines Falles mit Rat und Tat zur Seite stehen.



Kaiser Passage
Worms



Schloss Arkaden
Heidenheim



Shopping Arkaden
Bocholt



City Rondell
Schwenningen



Vennehof
Borken



Shopping Plaza
Garbsen

Für ihre Unterstützung danken wir der Polizei

ITG · Immobilien Treuhand GmbH & Co. · Immermannstraße 12 · 40210 Düsseldorf
Telefon: 02 11/93 54-0 · Telefax: 02 11/93 54-119 · E-mail: info@itgcom.de